

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Nr. 144.

Magdeburg, Mittwoch den 24. Juni 1925.

36. Jahrgang.

Uebertriebener Erfüllungseifer.

Die Deutschnationalen haben der Entente immer zu verstehen gegeben, daß eine von den Rechtsparteien gebildete deutsche Reichsregierung eine viel bessere Garantie für die Einhaltung abgeschlossener Verträge sei als eine der armeneligen Linksparteien. In der Tat war es der verstorbene Hugo Stinnes, der das Wort von den Männern „mit diskontfähiger Unterschrift“ prägte und die jetzige Reichsregierung samt den Rechtsparteien gehen in ihrem Erfüllungseifer so hitzig ins Zeug, daß am Montag der sozialdemokratische Abgeordnete Wendemuth aufstand und

gegen übertriebene Erfüllungspolitik protestierte.

Die jetzige Reichsregierung ist nämlich drauf und dran, die im Dawesplan vorgesehenen Zahlungen um den Betrag von etwa 250 Millionen Mark zu erhöhen.

Woher das kommt? Deutschnational sein heißt, stets nur an den privaten Vorteil einer kleinen Oberschicht denken. Wendemuth erinnerte daran, daß sich die Höhe der deutschen Reparationsleistungen nach der Höhe des deutschen Steueraufkommens richtet. Mit dem Steigen der Erträge aus den indirekten Steuern erhöht sich die Reparationsabgabe und umgekehrt wird die Abgabe ermäßigt, wenn sich die Einnahmen aus diesen Steuern verringern. Nach den Zoll- und Steuervorschlägen sollen sich die Einnahmen um 1748 Millionen Mark erhöhen, woraus sich nach dem Dawesplan automatisch die oben angegebene Summe von 250 Millionen Mark mehr an Reparationsabgaben ergibt.

Das ist ein Grund mehr, energisch gegen die Zoll- und Steuerpolitik der jetzigen Regierung und ihrer Parteien anzugehen. Wie sollen die Lasten vermindert werden, wenn die deutsche Regierung selbst eine Politik treibt, die einer

freiwilligen Erhöhung der Reparationslasten gleichkommt.

Was schadet es, daß dadurch der Entente noch mehr Reparationstribut gezahlt wird, als sie selber verlangt? Man macht schnell einige „Deutsche Tage“ mit Bier und Schlingensiefel und kein Mensch merkt den ganzen Kram.

Uebertriebener Erfüllungseifer kann den Deutschnationalen aber nur in bezug auf die Reparationen vorgeworfen werden. Sie sind wohl bereit, den Ententestaaten 250 Millionen Mark freiwillig mehr zu bezahlen, aber für die

Sparer und Aufwertungsgläubiger

haben sie nichts übrig. Für die Erfüllung ihrer Wahlversprechungen stehen sie nicht ein. Wie sie ihre Wähler betrogen haben und wie diese darauf antworten, zeigt ein Brief, den im Auftrag des Hypothekengläubiger- und Sparerclubverbandes ein Herr Paul Böhrer an den Grafen Westarp als Antwort auf einen Artikel geschrieben hat. Es heißt darin:

Hochverehrter Graf Westarp!

Sie schreiben mir unterm 9. Juni. Ich bat Sie um eine persönliche Rücksprache, die Sie mir aber anscheinend nicht gewähren wollen, so daß ich mich veranlaßt sehe, Ihr gest. Schreiben heute wie folgt zu beantworten:

Die Sozialdemokraten, schreiben Sie, stellen dadurch, daß sie Herrn West einen Platz im Ausschuss einräumen, lediglich eine plumpe Falle und es liegt im dringendsten Interesse jedes Sparer selbst, sich über die betrügerischen Absichten der Sozialdemokratie aufzuklären.

Dazu meine ich, Herr Graf: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Warum sollen die Sparer, denen die Sozialdemokratie von vornherein keinerlei Versprechungen gemacht hat, die aber in der letzten Zeit zweifelsfreie Betätigungen zugunsten der Sparer gezeigt hat, dieser Partei weniger Harmlosigkeit entgegenbringen, als sie es mit der Deutschnationalen vielversprechenden Partei leider getan haben? Es ist nicht einzusehen, nachdem die Deutschnationalen in vermeintlicher Wahrung eines höheren Staatsinteresses zum Schaden der Gläubiger umgelert haben, warum es der Sozialdemokratie als Betrug anzulegen sei, wenn sie, die überhaupt nichts versprochen hat, ihr Herz für die brutal entwerteten Sparer, für dieses neugeschaffene Proletariat erbeutet und pflichtbewußt die Stellung heute einnimmt, die ihren Versprechungen gemäß den Deutschnationalen eigentlich in der Sparerbewegung zukommt.

Was nun als höheres Staatsinteresse für die Verteilung der Gläubigerinteressen zugunsten zahlungsfähiger Schuldner, zahlungsfähiger Länder und Kommunen ins Gesicht geführt wird, ist ein Axiom, d. h. etwas, was nicht erst bewiesen zu werden braucht. Gerade in der Aufstellung dieses Axioms zeigt sich die ganze Voffahrt der Aufwertungsgegner. Sie glauben nämlich, nicht beweisen zu brauchen, was sie eben nicht beweisen können. Nun, Hochmut kam immer noch vor dem Fall und Unruhe schlägt noch immer seinen eignen Herrn. Ihre Partei, Herr Graf, ist dabei, ein nach Millionen zählendes Proletariat zu schaffen. Bei den nächsten Wahlen wird dieses seine Quittung überreichen.

Ich habe, um zu beobachten, sämtliche von der Sozialdemokratie einberufenen Sparerclubversammlungen in der letzten Zeit besucht. Der Reichstagsabgeordnete Reil

sprach keineswegs demagogisch, und gerade seine sachlichen, mit Beispielen belegten Ausführungen waren es, die ihm die Herzen des neuen Proletariats zutrugen. Anwesende Ortsgruppenleiter der Sparerverbände sagten mir, daß das Versammlungspublikum nicht das übliche sozialdemokratisch eingetönte sei, sondern ihnen persönlich bekante Sparer, die das letztemal fast durchweg deutschnational gewählt hätten. Ich hatte Gelegenheit, an den Ausgängen zu beobachten, wie sich Hunderte von Unwesenden an den Ausgängen in die aufgestellten Listen eintrugen und sich somit zur Sozialdemokratischen Partei eintrugen.

Was wird nun erst geschehen, wenn wir die Namen derjenigen Aufwertungsgegner veröffentlichen werden, über deren und deren Verwandten Vermögensstand wir uns gegenwärtig Aufklärung zu beschaffen im Begriff sind und denen wir dann die direkte Interessiertheit an dieser erbärmlichen Aufwertung der privaten Forderungen nachweisen werden?!

Die Deutschnationale Volkspartei, mag sie mit ihren Beschlüssen bis in die kleinsten Provinzialblätter flüchten, der Sparerverband bringt gegenwärtig mit seinen Organisations bis in die kleinsten Dörfer vor und wird dafür sorgen, daß ihr niemand mehr glaubt.

Es tut mir herzlich leid um meine einjährige Liebe, aber sie trägt das Banner des Kompromisses unter ihrem Herzen. Gesehnigen Sie, Herr Graf, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

20. Juni.

Paul Böhrer.

Hypothekengläubiger- und Sparerclubverband für das Deutsche Reich (Sparerclub) Sitz: Berlin, W. 65, Oranienburger-Charlottenburg.

Graf Westarp wird diesen Brief zu den tausenden legen, die er von betrogenen Wählern schon erhalten hat. In seinen Reden aber wird er weiter gegen die „Erfüllungspolitik der Sozialdemokraten“ wettern; aber wir wissen, wie das gemeint ist. Graf Westarp ist für höhere Reparationsleistungen an die Entente, aber er ist nicht für anfängliche Lösung der Aufwertungsfrage. Die Sozialdemokraten sind für das umgekehrte Verfahren und darum sind sie ihm bis ins Innerste verhaßt.

Reklamekunst.

Die deutsche Industrie regiert zurzeit mit „vertraulichen Denkschriften“, die der Reichsregierung „zur freundlichen Nachsicht“ zugestellt werden. In ihnen kehrt selbstverständlich die Behauptung von der unerträglichen Steuerlast ständig wieder. Die ewig wiederholten Worte „unerträgliche Steuerlast“ wirkt wie Reklame, die an allen Straßenecken schreit — zuletzt glaubt jedermann daran, daß es nur eine Sorte Stiefelwichse und nur ein unerreichtes Hühneraugenpflaster gibt. Die Reichsregierung ist auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung und Finanzwirtschaft den gleichen psychologischen Wirkungen erlegen: sie glaubt daran, daß die deutsche Industrie unter unerträglicher Steuerlast leidet.

Wie sieht es mit der steuerlichen Belastung der deutschen Industrie in Wirklichkeit aus?

Die Möglichkeiten der exakten Nachprüfung sind außerordentlich beschränkt. Nur auf Umwegen kann man der Wahrheit nahekommen. Eine günstige Gelegenheit dazu bietet die Steuerbilanz der Bonner Bergwerks- und Hüttenvereins-A.-G.; sie gibt anerkennenswerterweise sogar eine Vergleichsmöglichkeit mit der Vorkriegszeit. Hierbei zeigt sich als entscheidender Punkt, daß die Belastung an Steuern und Abgaben, am Aktienkapital gemessen, heute 7,71 Prozent gegen damals 1,69 Prozent, und am Warenpreise gemessen heute 6,19 Prozent gegen damals 1,07 Prozent beträgt. Besondere Bewunderung braucht der Belastungsgrad, ganz gleich, von welcher Grundlage ausgegangen wird, nicht zu erregen, beträgt er doch beim Lohn- und Gehaltsempfänger allein durch Steuerabzug etwa ebensoviel!

Aber diese Gleichheit — die dem Unternehmertum kein Recht zu besonderem Klagegeschrei geben würde — ist in Wirklichkeit trügerische Ungleichheit. Man betrachte nur einmal im einzelnen, was vom Bonner Bergwerks- und Hüttenverein als Steuern und Abgaben alles zusammen-

Vermögenssteuer	34 650 Mark
Körperschaftsteuer	47 164 „
Umsatzsteuer	86 814 „
Staatsgrundsteuer u. Gemeindeguschlag	3 776 „
Gewerbesteuer	18 792 „
Gehaltssteuer	7 665 „
Kraftfahrzeugsteuer	200 „
Aufsichtsratssteuer	1 195 „
Zantiensteuer	3 391 „

Zusammen 208 645 Mark

In der zweifellos sehr geschickten Zusammenstellung aller Steuern und Abgaben dieses industriellen Unternehmens sind schon auf den ersten Blick verschiedene Posten erkennbar, deren Kosten nicht von der Industrie, sondern vom Warenabnehmer, im besonderen dem Konsumenten, getragen werden.

Es gibt sehr ernst zu nehmende Leute, die meinen, daß die deutsche Industrie überhaupt jeden Pfennig in die Warenpreise einrechnet.

Wir gehen nicht so weit. Wir sind der Auffassung, daß es dem Unternehmer nicht immer gelingen wird, seine Steuerpflicht in vollem Umfang in den Preis der Ware mit einzuschachteln, so daß er sie nicht aus seinem Gewinnanteil nehmen muß. Aber es ist normales Geschäftsprinzip im besonderen, die Umsatzsteuer voll in den Warenpreis einzurechnen und so auf den Käufer abzuwälzen. Die Aufsichtsratssteuer ist überdies eine von der Industrie freiwillig zugunsten der Aufsichtsräte — die eigentlich die Steuerpflichtigen sind — übernommene Pflicht. Ebenfalls wenig ist die Hauszinssteuer als Sonderbelastung der Industrie anzusehen, muß sie doch vom ärmsten Schläder, der im Keller oder unterm Dach wohnt, ebenfalls gezahlt werden.

An der Hand der obigen Angaben kann nun aber auch einmal die obige allgemeine Belastung der deutschen Industrie errechnet werden. Dabei ergibt sich das folgende Ergebnis:

Reichsvermögenssteuer wurde 1924/1925 insgesamt eingenommen 499 Millionen Mark. Billigerweise ist anzunehmen, daß Industrie, Handel und Gewerbe und Landwirtschaft an dieser Summe zu gleichen Teilen zu tragen haben. So ergibt sich für die Industrie rund 166 Millionen Mark Vermögenssteuer.

Den Ertrag der Körperschaftsteuer mit 314 Millionen Mark rechnen wir zu zwei Dritteln der Industrie an, so kommen wir zu der Summe von 210 Millionen Mark Körperschaftsteuer der Industrie.

Die Kraftfahrzeugsteuer (Ertrag 52 Millionen) sei der Industrie zur Hälfte angerechnet; dies sind 26 Millionen.

Aufsichtsrats- und Zantiensteuer rechnen wir in vollem Umfang der Einnahme zu Lasten der Industrie; dies ergibt 11 und 39 Millionen Mark.

Die Staats- und Gemeindesteuern werden von der Reichsregierung mit insgesamt 3300 Millionen Mark jährlich angegeben. Nach dem obigen Schlüssel erscheint es berechtigt, anzunehmen, daß die Industrie davon ein Drittel, also 1100 Millionen Mark zahlt.

Wir kommen so zu einer Steuerlast der deutschen Industrie, die sehr hoch gerechnet 1551 Millionen Mark ausmacht.

Allein an Lohn- und Gehaltssteuer sind aber im vergangenen Jahre rund 1300 Millionen Mark eingekommen. Ein Vergleich mit der industriellen Belastung zeigt, daß der Arbeiter viel härter von der Steuer erfaßt wird als der Industrielle.

Die Unternehmer behaupten, daß sie außerdem noch hohe Wiedergutmachungslasten zu tragen hätten. Das stimmt aber auch nicht. Von der Wiedergutmachungssumme für 1925/26 in Höhe von 1220 Millionen Mark fließen 500 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt, also aus allgemeinen Steuermitteln, weitere 595 Millionen Mark sind aus den Überschüssen der Reichsbahn zu entnehmen, und nur 125 Millionen Mark sind als Wiedergutmachungsschuldzinsen von der Industrie zu zahlen.

Das Unrecht unserer Steuerverwaltung liegt nicht in hoher Belastung der Industrie, es liegt in der Ueberlastung der breiten Massen mit Steuern, die einmal als Lohn- und Gehaltsempfänger, dann aber als Konsumenten in hohen Warenpreisen zahlen müssen.

Kurt Heintz.

Fauleitprämien.

Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, nach dem „zur Förderung des Wohnungsbaues“ Wohnungsneubauten auf die Dauer von 10 Jahren von jeder gemeindlichen oder landesgesetzlichen Grundsteuer oder ähnlichen Abgaben befreit sein sollen. Was die Deutschnationalen da fordern, ist — von den Einzelheiten abgesehen — im Grundgedanken absolut nicht neu. So haben erst kürzlich die Sozialdemokraten im Preussischen Landtag die Befreiung aller im Jahre 1924 fertig-

gestellten Wohnungsbauten von staatlichen oder gemeindlichen Steuerabgaben gefordert, solange die Miete nach tatsächlichen Herstellungskosten und laufenden Ausgaben berechnet, über die allgemein festgesetzten Mietsätze hinausgeht.

Merkwürdig berührt die Pharisäermentalität, mit der die Deutschnationalen den Anschein erwecken wollen, als ob sie wirklich ernsthaft etwas für den Wohnungsbau tun wollten; denn gerade sie benutzen jede Gelegenheit, der Reichsregierung beizubringen, daß Deutschland mit möglichst hohen Holzpreisen beglückt werden muß. Bei der Beratung des Forstetats im Preussischen Landtag haben sie sich ganz besonders für die Holzölle ins Zeug gelegt und den entsprechenden Druck auf die Reichsregierung geübt. Natürlich wollen sie nicht nur Ölle auf Rundholz, sondern auch auf Schnittholz, und bedauerlicherweise gibt es auch in den übrigen bürgerlichen Parteien da und dort Leute, die mit Schnittholzölle liebäugeln. Die Begründung ist klassisch einfach: die schwedische Industrie ist uns in der Herstellung von Türen, Fensterrahmen usw. technisch überlegen. Also wieder eine Prämie auf die Bequemlichkeit!

Im Preussischen Landtag wird bei der Beratung des Forstetats, der noch in dieser Woche an die Reihe kommen dürfte, die Holzwirtschaftspolitik der Reichsparteien einmal gründlich unter die Lupe genommen werden müssen.

Die Beleidigung des zweiten Reichspräsidenten.

Zu Gegenfatz zu der recht milden Handhabung der Gesetze durch die Staatsanwaltschaft bei den ungezählten Beleidigungen des verstorbenen ersten Reichspräsidenten, scheinen die Staatsanwälte gegenüber angeblichen Beleidigungen Hindenburgs außerordentlich empfindlich zu sein.

Nach der Wahl des neuen Reichspräsidenten brachten fast alle sozialdemokratischen Zeitungen eine Karikatur mit der Unterschrift „Der Transportarbeiter Thälmann bei der Arbeit“. Dieses Bild stellte dar, wie Hindenburg auf den Schultern des Kommunisten, von einem Hitler-Gardisten und einer andern militärischen Erscheinung begleitet, in sein neues Amt einzog. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft sah in dieser Karikatur eine Beleidigung des Reichspräsidenten von Hindenburg. Sie hat deshalb den verantwortlichen Redakteur unserer Darmstädter Parteiblätter zur Vernehmung geladen. Ob es zu einem Strafverfahren wegen „Majestätsbeleidigung“ kommt, steht noch nicht fest.

Bei unserer „republikanischen“ Staatsanwaltschaft ist aber bekanntlich kein Ding unmöglich. Also warten wir ab.

Die Engländer wundern sich.

Im „Vorwärts“ ist zu lesen: Vor einigen Tagen besuchten eine Anzahl konvertierter englischer Parlamentarier nach einer Reise durch Polen auch die freie Stadt Danzig. Der Danziger deutsche nationale Senat zeigte seinen Gästen die alten und neuen Kunstdenkmäler der berühmten Reicheshauptstadt. Auch der Technische Hochschule wurde ein Besuch abgeleistet, wobei die Engländer auf Vorschlag eines Danziger Hochschulprofessors auch den in der Hochschule befindlichen großen Vichhof besichtigten. Hierbei passierte den Danziger Deutschnationalen nun das Mißgeschick, daß die englischen Gäste in einer sehr großen Halle von Stahlhelmen fanden, die den reaktionären Studentenkompanien gehörten. Das Erschauen der Engländer über diesen Fund war außerordentlich groß, da man in den Stahlhelmen eine Kriegsausrüstung sah, die nichts mit Hochschulstudium zu tun hat. Noch größer war die Verlegenheit der deutschnationalen Hochschulprofessoren, die ihre Ungelehrlichkeit gegenüber den Gästen damit zu bemänteln suchten, daß sie ihnen erzählten, die Stahlhelme lagerten dort aus der Revolutionszeit und ihre Abreise sei nur „vergesen“ worden.

Der englische Besuch bereite den Danziger Deutschnationalen noch eine weitere Plage. Mit besonderem Stolz zeigten die Hochschulprofessoren ihren englischen Gästen ein Kriegerebenmal für die gefallenen Soldaten. Der Führer der englischen Besucher, ein englischer Bergarbeiter, gab seiner Verwunderung über die vielen deutschen Kriegerebenmale Ausdruck. „In England gibt es ein Nationaldenkmal, das Grabmal für den unbekanntesten Soldaten. Sonst hat man aber dort dem Andenken der gefallenen Krieger keine überflüssigen Denkmäler gewidmet, sondern Erziehungsheime für die Kriegswaisen und Gedenkstätten für die Kriegstoten. In Deutschland und Danzig aber findet man dafür in Städten von der Größe Danzigs mindestens ein halbes Dutzend Kriegerebenmale. Das läßt zum

mindesten die Schlussfolgerung zu, daß es mit der Finanznot bei Ihnen nicht so arg bestellt sein kann. Wir haben für solche Zwecke kein Geld übrig!“ Beschämt schwiegen die deutschen Professoren und Senatoren.

Vivat Justitia!

Von Nilodemus Ninkepinfe.

Stüder achthundert Prozesse —
Meine Presse, meine Presse!
Stüder achthundert Prozesse —
Schreibt die Presse —
Stüder achthundert Prozesse —
Judicare est necesse!
Stüder achthundert Prozesse,
Alles Hochberatsprozesse,
(Wie soll ich's dem Kinde sagen?)
Sind in diesen letzten Tagen
Gm. — niedererschlagen!

Also stimmt, was man gemunkelt,
Was man jahrelang verbunkelt —
Also stimmt, was man gemunkelt,
Daß man Zeitfreiwillige schunkelt,
Also stimmt, was man gemunkelt,
Daß es irgendwo jurunkelt —
Also stimmt, was man gemunkelt,
Was man wissend palmarkunkelt,
Wovon täglich schamlos spricht
Nazistisches Gezänk,
Stimmt es — oder stimmt es nicht?

Riesenerge von Papier —
Schreibt mir, schreibt dir —
Riesenerge von Papier —
Schreib mir auf M. K. an ihr —
Riesenerge von Papier,
Hilfsdeutsch — Kanzleigeschmier,
Riesenerge von Papier
Sind hermanisch, versetzt hier.
Steuerzahler laufe fragen:
Wer wird aller dieser Klagen
— Kosten tragen?

Der „Zellen“-Aberglaube.

Die kommunistischen Gewerkschaftsleiter gründen vor einigen Jahren auf Befehl Moskaus den ultraradikalen Freien Eisenbahnerverband, der mithelfen sollte, die Zerrissenheit und Uneinigkeit der deutschen Arbeiterklasse auch auf gewerkschaftlichem Gebiete durchzuführen. Man hoffte damals, mit dieser kommunistischen Gründung den Deutschen Eisenbahnerverband zu zerstören, und alle kommunistischen Väter rührten eine Zeitung recht eifrig die Trommel für das neue kommunistische Zersplitterungsorganisationswesen.

Dann kam, nachdem die kommunistische Zersplitterungsarbeit in den Gewerkschaften nicht den gesunden Sinn und die Disziplin der frei organisierten Arbeitererschaft bernichtet hatte, aus Moskau plötzlich der Gegenbefehl: Wieder hinein in die Gewerkschaften! Man verspricht sich heute, nachdem die Gründung eigener kommunistischer Gewerkschaften sich als starker Mißerfolg herausgestellt hat, von der Ministerarbeit innerhalb der Gewerkschaften mehr als von der offenen Bekämpfung. Nun zeigt sich allerdings, daß die kommunistischen Massen nicht so bedingungslos auf diese neue kommunistische Parole in der Gewerkschaftsfrage einzuweichen wollen. Der bekannte günstige Wind hat dem Kölner Vertreter des „Soz. Pressebüros“ ein Zirkular der Zentrale der politischen Abteilung der kommunistischen Partei auf den Tisch geweht, das als „sehr wichtig und streng vertraulich“ bezeichnet wird und allen Bezirkssekretariaten der Partei zugeht.

In diesem Zirkular wird beweglich Klage darüber geführt, daß die Zeitung des kommunistischen Freien Eisenbahnerverbandes entschlossen sei, mit der kommunistischen Partei, dem kommunistischen Reichsarbeiterausschuß und der Roten Gewerkschaftsinternationale zu brechen. Solchen Verbrechungen müßte von den einzelnen Ortsgruppen der kommunistischen Partei im ganzen Reich härtester Protest entgegengebracht werden. Dem bekannten kommunistischen Führer des Freien Eisenbahnerverbandes, Schmidtke, müßte die Führung entzogen werden, damit die Bedingungen für die Vereinigung des Freien Eisenbahnerverbandes mit dem Deutschen Eisenbahnerverband geschaffen werden. Deshalb gelte es, im Freien Eisenbahnerverband eine Opposition der Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale heranzubilden.

Das Zirkular gibt dann genaue Anweisungen, wie im einzelnen die Zellenbildung in dem kommunistischen Freien Eisenbahnerverband zu erfolgen habe. So soll u. a. den in der kommunistischen Partei organisierten Mitgliedern des Freien Eisenbahnerverbandes ein Revers vorgelegt werden, in dem sich der

einzelne verpflichtet, im Sinne der Beschlüsse der kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale zu kämpfen. Wer diesen Revers nicht unterzeichne, soll fliehen und aus der kommunistischen Organisation ausgeschlossen werden.

Der „Zellen“-Aberglaube der Kommunisten wird allmählich langweilig. Erst gründet man eigene Gewerkschaften, dann will man sie durch Zellenbildung zwingen, sich zu „Zellen“ innerhalb der bisher bekämpften Gewerkschaften zu formen. Wenn nun die Zellen wieder zerfallen werden? Nun, dann durchfährt man die eben auch wieder mit Zellen. Eines schönen Tages wird man eine wissenschaftliche Entdeckung machen, man wird auf die schon lange gesuchte Urzelle stoßen.

Der Ueberfall auf die Gesandtschaft.

Am Sonntag ist in Paris ein Ueberfall auf die chinesische Gesandtschaft von Kommunisten verübt worden, die in Autodromen vorfahren, den Pfortner festsetzen und die Telefonleitung zerschneiden. Den in seinem Arbeitszimmer sitzenden chinesischen Gesandten zwingt man, drei Dokumente zu unterzeichnen, und zwar ein Telegramm an das chinesische Volk, eine Adresse an die französische Regierung und ein für die französische Presse bestimmtes Kommuniqué.

In allen drei Dokumenten habe es, daß das chinesische Volk erwacht sei und sich entschlossen habe, erbarmungslos die internationalen Imperialisten zu bekämpfen.

In einem unbewachten Augenblick gelang es dem Pfortner der Gesandtschaft, eine Nachbarin zu benachrichtigen, die sofort die Polizei alarmierte. Als diese erschien, waren die Kommunisten verschwunden. Man konnte nur noch einige Plakate beschlagnahmen sowie eine vergebene Schußwache verhaften.

Mit solchen unfinnigen Streichen erreichen die tatenlustigen Rindsköpfe, die den Ueberfall ausführten, genau das Gegenteil dessen, was sie wollen. Statt „Beweise“ für die Gerechtigkeit des chinesischen Freiheitskampfes zu bekommen, erzeugen sie in der öffentlichen Meinung der Welt Bedenken dagegen.

Öffentliche Steuererklärung.

In Amerika und Schweden werden die Steuererklärungen öffentlich ausgelegt, um Steuerermöglichten wirksam zu bekämpfen. Es sind damit ausgezeichnete Erfolge erzielt worden. Im Steuerauschuß des Reichstags haben zum großen Entsetzen der „nationalen Ketter“ die Sozialdemokraten einen dahingehenden Antrag gestellt.

Gelegentlich der sich deshalb entzündenden Debatte erwähnte man, daß der Bücherprüfungsdienst der Finanzämter im Jahre 1924 in 63 875 Fällen die Steuererklärungen nachgeprüft hat und dabei einen Betrag von 88 Millionen Mark an zuwenig angegebenen Steuern herausgeholt hat. Dazu kommen dann noch sechs Millionen Mark für Geldstrafen.

Gegen die öffentliche Auslegung der Steuerlisten wandte die Regierung ein, es sei vielen Leuten nicht lieb, wenn ihr Reichtum der Öffentlichkeit bekannt würde. Es droht die Gefahr, daß sie sich niedriger einschätzen, sobald die Offenlegung der Steuerlisten eingerichtet sei. Die Hauptbedenken lägen auf politischem Gebiet. Es sei mit weiterer Vergiftung der politischen Atmosphäre zu rechnen. Die Reichsregierung vertrete deshalb die Auffassung, daß der Zeitpunkt für die Einführung der Öffentlichkeit der Steuerlisten noch nicht gekommen sei. Der Buch- und Betriebsprüfungsdienst sei aber unbedingt notwendig.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Dr. Weisch (Zentrum) angenommen, demzufolge Großbetriebe mindestens aller drei Jahre einmal einer ordentlichen Buch- und Betriebsprüfung durch entsprechend vorgebildete Beamte zu unterwerfen sind. Als Großbetriebe gelten amtliche Betriebsstatistik als solche anzusehen sind.

Der weitergehende sozialdemokratische Antrag auf obligatorische Buchprüfung bei allen Unternehmungen mit Ausnahme der kleinen Betriebe wurde abgelehnt. In einer Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, noch vor Abschluß der jetzigen Steuerreform, dem Steuerauschuß des Reichstags einen Plan zur Ausgestaltung des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes vorzulegen.

Kleines Feuilleton.

Der Krieg im Bilde.

Der Anfang zu der Ausstellung der Werke von Otto Dix „Der Krieg“ im graphischen Kabinett Heinrichshofen ist belanglos: es sind da einige Radierer zusammengestellt, die die jährliche Heimat verbindet. Aber als diese Leute Otto Greiner oder Bruno Herzog heißen — sie erweisen sich als Schüler Max Klingers, jenes in geradezu grotesker Weise überzeichnete Leipziger Spielers, dessen kompromittierende Anzeigen, monumental und parabolisch zu werden, wir heute nur noch belächeln können. Es fällt ihm trotz seines kleinen Gebarens auch nicht viel mehr an als dem Dresdener Richard Müller, der an toten Kisten, Menschen und Dingen Gruppen seine sinnlos-leidenschaftlich anstellt. Das jährliche Kaiserpaar, das sich um solche Ähnlichkeit legt, ist von jeder Seite verdächtig gewesen — siehe Richard Meyer.

Mit dieser bürgerlichen Haltung, die nur verlogene Nüchternheit und verlogene Begeisterung kennt, hat Otto Dix nichts zu tun. Er vertritt innerhalb des Expressionismus eine neue Art von Naturalismus, und so sehr sich diese beiden Begriffe anzueignen scheinen, gerade bei diesen Künstlern wird so etwas wie ein neuer Stil daraus. Dix hat mit einem wahren Fanatismus alle Momente überhöhen. Das hat wohl hauptsächlich der Krieg bei ihm bewirkt, den er aus übernatürlicher Nähe kennen gelernt hat. Der bürgerlichen Gesellschaft, der die Künstler und Greiner so gewöhnlich dienen, ist er jenseitig, ähnlich wie George Grosz, der immer wieder von der bürgerlichen Kunst bejährt worden ist. Wer einmal das Verbrechen des „Jugendmordes“ gesehen hat, wird es nie wieder vergehen. Als bösen Gedanken und Lüge hat dieser Maler hinter der eckigen Maske seines Maskens hervor. Da steht ein Krieger im kleinsten Mittel nicht als der „Kämpfer der Menschheit“, wie die bürgerliche Presse ihn meist, sondern als abgeleiteter Soldat, als Krieger, als Soldat. Die Kunst ist er mit jener Artigkeit von „Kriegskunst“ der Menschheit zusammengekommen, die jeden Strich unbedeutend ist, die sich nicht hat, um sich über die Welt zu wachen. Es fallen noch heute und hier in Magdeburg solche Kriegerkämpfer in Freiheit herumlaufen.

Der Krieg hat nun jetzt denke und zahlende Menschen abgehört und angelehrt. Der Pazifismus, den uns die Sozialisten so verheißt, ist keine neue Erfindung. Im 17. Jahrhundert hat der Grimelshausen schon recht häufig davon in seinen Abenteuerlichen Geschichten und der Leipziger Jacques Galini mit der Robersonel. Das

Kriegsleben“, wie schon er es nannte, hat dann dem Spanier Goya um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert den Griffel in die Hand gedrückt und gegen Ende des Jahrhunderts den russischen Maler Werschichagin zum Anführer aufgerufen. Das war um dieselbe Zeit, als Verta von Suttner ihren Werken „Die Waffen nieder“ entzogen ließ. Im russisch-japanischen Krieg wurde wiederum ein Schriftsteller, Leonid Andrejew, zum Anführer, mit dem Buch „Das rote Leben“ und der Weltkrieg hat uns „Das Feuer“ und „Die Hölle“ von Henri Barbusse und auf deutscher Seite „Es lebe der Krieg!“ von Bruno Vogel gekostet, aus dem wir kürzlich „Die Reformation“ entnommen haben.

Otto Dix gehört zu den Schilderungen pazifistischer Dichter, unter die auch Fritz von Arnim zu zählen wäre, die Illusionen aus ein neuer Welt und Gese. Die Ausstellung seines Gemäldes „Der Schützengraben“ im Kölner Museum hat einen Skandal heraufbeschworen, der damit endete, daß das Bild weggehängt werden mußte, namentlich weil der tugendhafte und militärischste Julius Meier-Graefe so heftig dagegen protestierte. Aber ein Mappentwurf, das leicht und wohlfeil verbielt wird werden kann, ist nicht zu unterdrücken wie ein einzelnes Gemälde. Die moderne Graphik ist so recht geeignet, das Grauen zerstörerischer Dohausitäten, verarmter Unterstände, von Stachelndrohgeräten, in denen die Leiden im Winde und im Mondlicht die gegenwärtige Rationellen zappeln, von erschritten und aufgedämpften Gestalten, die von Sanitätären sachmäßig-kühl gewässert werden, von zerfetzten Verwundeten und vergessenen Leuten, denen Glas und Wunden aus den vermodernden Stiefeln hängen, — kurz, von allen Schrecknissen und Schreden des Krieges wiedergeben, die nur leider unter dem Kaufschilling des nationalsozialistischen Lebensgegnisses trotts gewordenen Menschenwürde in Vergeßtheit zu geraten drohen.

Bürgerliche Herrschaften, denen diese grauam wahrhaftigen Schilderungen auf ihre empfindlichen Nerven gehen, trotzdem sie selber es gar nicht merken können, bis „es wieder losgeht“, meinen, die 50 Blätter von Otto Dix hätten mit Kunst gar nichts zu tun, sondern gehörten ins naturwissenschaftliche Museum. Aber gerade auf die gewöhnliche Lesart ist die größte Sorgfalt verwendet, und jeder, der einen Blick fürs Künstlerische hat, muß zugeben, daß in diesen Blättern hundertmal mehr Wert steht als in dem Schand, der während des Krieges, um die Kriepsanleihen zu vergrößern, die Menge für das „Schand“ begeistern sollte. Das ist wohl die andere Seite“, an die ein Kritiker denkt, wenn er kopflos über die Welt. Dix stellt doch nur die eine Seite dar. Die andere Seite ist klar und freier Schand. Möchte doch das parte und mutige Werk von Otto Dix dazu beitragen,

die „andere Seite“, die Patentkreuz-, Monarchisten- und Volksbetrügerseite, verschwinden zu lassen!

Eine Schmetter Mona Lisa. Es ist bekannt, daß in der ganzen Welt Kopien der Mona Lisa existieren, die entweder von den Schülern Leonardos oder aber von späteren Künstlern gemalt worden sind. Der französische Marquis d'Orléans fand kürzlich auf einer Reise in der Schweiz in Montreux zufälligerweise bei der Gattin des englischen Konsuls eins dieser Bilder. Es soll aber von solcher Schönheit und Vollkommenheit sein, daß man sogar einen Augenblick lang geglaubt hatte, es handle sich um das Original der Mona Lisa. Diese Annahme wurde noch unterstützt von dem Expertenbericht des bekannten deutschen Professors Bode in Berlin, der sich zwar darüber im Jahre 1914 nicht definitiv ausgesprochen, aber sehr lobenswert angebrückt hatte in dem Sinne, daß, wenn es nicht das Original sei, so doch zum mindesten vom besten Schüler Leonardos stammen müsse.

„Wir sind janitert.“ Die Reihe der Wiener Theater, die zu jammern gebrochen sind oder vorzeitig schließen mußten, wird, wie uns aus Wien geschrieben wird, immer länger, und es ereignet sich, daß Vorstellungen ausfallen, weil der Verkauf zu schlecht ist. Dieser Tage meldete das „Neue Wiener Journal“, daß eine Abendvorstellung abgesetzt werden mußte, weil nur fünf Karten verkauft waren. Die „Wiener Sonn- und Montagzeitung“ bemerkt dazu bezeichnend: „Die Nachricht war wesentlich übertrieben. Es wurden nur drei Karten verkauft.“ Demgegenüber entbehrt es nicht der Präzision, daß die neue große Revue, mit der die nächste Herbstspielzeit im Johann-Strauß-Theater eröffnet wird, den Titel trägt: „Wir sind janitert.“

Zu Ende reden. Zu Lucien Guitry, dem kürzlich verstorbenen Pariser Schauspieler, kam eines Tages ein Herr in die Garderobe gelaufen, ein Raffe der Nachkriegszeit, der seinen ganzen Ehrgeiz daransetzte, mit dem berühmten Schauspieler auch einmal zu dinnieren. Er drang so lange in ihn ein, bis Guitry, um ihn loszuwerden, zugabte. Der lästige Besucher verjammerte. Während Guitry noch vor dem Spiegel saß und sich abschnürte, sagte er zu seinem Garderobier: „Alfred, morgen früh telephonierst Du an die alten Eitel, und sagst, daß ich dich hindert bin, zum Essen zu kommen.“ Er vollendete den Satz nicht. Im Spiegel sah er, wie sich die Garderobier öffnete: der Besucher lehrte, kam zurück, um sich die vergessenen Handtücher zu holen. Er mußte die letzten Worte sicherlich gehört haben. Und Guitry fuhr fort: „... weil ich mit dem Herrn hier esse!“

Der sozialdemokratische Antrag auf allgemeine Offenlegung der Steuerlisten wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, aber gegen die Stimmen der Rechtsparteien ein zweiter sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Reichsregierung auffordert, dem Steueraussschuß bis zur zweiten Lesung einen Gesetzentwurf über die Offenlegung der Steuerlisten vorzulegen, durch den die Gemeindebehörden einem bei ihnen zu bildenden Ausschuß aus allen Bevölkerungsgruppen die Ergebnisse der Veranlagung vorzulegen haben.

Die Reaktion in Rumänien.

Im rumänischen Parlament sieht gegenwärtig leider nur ein einziger sozialistischer Abgeordneter, Dr. Pistiner. Am 17. Mai hat er in seinem Wahlkreis in Czernowitz seinen Rechenschaftsbericht erstattet. Mit Mut und zäher Unermüdblichkeit hat er im Parlament, in der Presse und in den Versammlungen seine schwierige Aufgabe erfüllt. Aus seiner großen Rede verdienen folgende Stellen über den Ausnahmezustand in Rumänien besondere Beachtung:

Nicht einmal die Verfassung, die dem Militarismus große Möglichkeiten bietet, wird eingehalten. Sie bestimmt z. B., daß der Ausnahmezustand über ein bestimmtes Gebiet vom Parlament beschlossen werden muß. Obwohl sich das Parlament niemals damit befaßt hat, ist doch über das halbe Rumänien der Ausnahmezustand verhängt.

Und auch wo der Ausnahmezustand formell nicht besteht, wird das Gesetz mit Füßen getreten. Ohne Richter werden Leute bestraft und es ist Tatsache, daß von Gütern des Gesetzes mehr Morde verübt werden als von Mördern. In Sibiniew z. B. wurde jetzt ein junger Mann erschossen, weil irgendein Ordnungshüter aus 20 Schritten Entfernung bei ihm Manifeste gesehen haben will. Gendarmen mißhandeln friedliche Bürger in brutalster Weise und die Strafe besteht dann für sie höchstens darin, daß sie nach einem andern Orte versetzt werden, wo sie ihre Tätigkeit in derselben Weise fortsetzen. Wie man sieht, wird die Verfassung nicht respektiert. Es herrscht vollste Anarchie. Jeder Siguranzagent, jeder Gendarm macht, was er will.

Bei verschiedenen Gelegenheiten habe ich auf die Recht- und Gesetzlosigkeit

die im Lande herrscht, hingewiesen. Man wird müde dies zu tun wenn man sieht, wie wenig die Bevölkerung darauf reagiert. Die Aufzählung aller Morde, Diebstähle, Korruptionsaffären haben nicht vermocht, in der Bevölkerung Widerhall auszulösen, so daß die Regierung kommen konnte mit einem Gesetz, das sich über die Friedensverträge hinwegsetzt und nur diejenigen zu Bürgern macht, die sie haben will. Aber auch dieser Anschlag auf die Rechte der Bürger hat in der Bevölkerung nicht entsprechende Proteste ausgelöst und ebensowenig das Schulgesetz, welches das Schulwesen von 80 Prozent der Bevölkerung vernichtet hat. Die Bevölkerung ist apathisch geworden. Dies hat die Regierung gekräftigt. Sie selbst ist erstaunt, daß die Bevölkerung alle Attentate auf ihre Rechte so ruhig hinnimmt. Sie konnte es nicht glauben und nahm an, daß sich unterirdisch doch etwas vorbereitet. So hat sie denn das Ausnahmegesetz gemacht, das die Revolution verhindern soll. Leider hat die Regierung die Bevölkerung überschätzt. Die Bevölkerung rührte sich nicht und alles blieb beim alten.

Nach dem Ausnahmegesetz wurde weiter gewirtschaftet. Im Dezember wurden

in Bukarest 600 Personen verhaftet.

Sie wurden entsehrlich mißhandelt, und erst als rumänische Journalisten dem Ausland darüber Mitteilung gemacht hatten, wurden 540 der Verhafteten freigelassen, wodurch es sich erwies, daß sie unschuldig waren. Sie wurden freigelassen, nachdem viele von ihnen bereits Krüppel waren und einer infolge der Mißhandlungen wahnsinnig geworden war. Jetzt plagt man sich, um für die übrigen 60 eine Anklage zu finden. Die große Verjährung, die angebliche Vorbereitung zur Revolution, reduzierte sich also auf 60 Personen, denen man vorwirft, Manifeste veröffentlicht oder verteilt zu haben. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die verjährbaren, sei es von Kommunisten, sei es von Provokateuren verteilten Manifeste nicht nur im Inhalt dumm waren, sondern daß sie auch ohne Wirkung bleiben mußten. Nicht nur, daß 80 Prozent der Bevölkerung Analphabeten sind, wurden die Manifeste nur in einigen Städten verteilt, wo die Arbeiter meist sozialistisch, die Kleinbürger aber zarantistisch, die Intelligenz wieder zu einem Teile zynisch ist. Auf wen sollten also die Manifeste wirken? Ganz abgesehen davon, daß man

mit Manifesten keine Revolution macht.

kennt man aber dazu die Personen, dann wird die Anklage lächerlich. Es sind Leute, die, wenn sie jemals einen Zusammenhang mit einem Teile der Bevölkerung hatten, ihn verloren

Radiodienst der Volkstimme.

Der deutsche Gesandte bei Briand.

+ Paris, 23. Juni. Die Blätter melden, daß der Besuch, den der deutsche Botschafter am Montag Briand abgestattet hat, vor allen Dingen den Garantieverhandlungen gegolten habe und daß Dösch ähnlich wie Stresemann in der Unterredung mit dem französischen Botschafter in Berlin gewisse Aufklärungen über einzelne Punkte der französischen Note verlangt habe. Dazu wird von der deutschen Botschaft in Paris mitgeteilt, daß diese Meldung unzutreffend sei. Die gestrige Unterredung habe nicht die Garantiefrage und den Pakt, sondern laufende Angelegenheiten zum Gegenstand gehabt. Wahrscheinlich handelt es sich um die Handelsvertragsverhandlungen und um die Frage der deutschen Entwaffnung.

Brügeleien im litauischen Parlament.

xx Kowno, 23. Juni. Im litauischen Parlament kam es zu wilden Reden und Prügeleien bei der Beratung einer Aenderung des Pressegesetzes, die die Presse den ortsständlichen Gerichten entziehen und der Polizeiverwaltung ausliefern wollte. Der Sozialdemokrat Bilunis sprach temperamentvoll gegen den Entwurf und löste auf der Seite der christlichen Demokraten (Klerikalen) einen ungeheuren Lärm aus, worauf die Opposition ihm fürmischen Beifall zollte. Der Präsident des Parlaments verlangte den Ausschluß des Abgeordneten von der Sitzung, was auch von der christlich-demokratischen Mehrheit beschlossen wurde. Bilunis, der den Saal nicht verließ, sondern weiter sprach, wurde durch die herbeigerufenen Polizei entfernt. Währenddessen wurde die Straße zum Gebäude mit bewaffneter Polizei besetzt und dem Publikum der Zutritt in das Gebäude verwehrt. Es erhob sich ein ungeheurer Tumult im Saal. Die Oppositionsredner verzichteten auf weitere Ausführungen, worauf unter Lärm und Pfeifen das Gesetz von der christlich-demokratischen Mehrheit in erster Lesung angenommen wurde. Die Sitzung wurde bis abends 7 Uhr vertagt.

Am Abend hatte der Präsident neben der Weiterberatung des Pressegesetzes auch ein Gesetz für Aenderung der Berufungsmöglichkeit auf die Tagesordnung gesetzt. Dieses Gesetz will den Oppositionsparteien die Möglichkeit nehmen, im Wahlkampf gegen die herrschende Diktatur der christlichen Demokraten aufzutreten. Als der Volkssozialist Lapinskas die Schanblaten der Christlich-Demokraten in scharfen Worten geißelte, schlug der Parlamentspräsident die Entfernung des Redners vor, weil er nicht die nötige Objektivität gewahrt habe. Lapinskas wurde durch 15 bewaffnete Polizisten aus dem Saal gebracht.

haben; von denen der größte Teil nie in den Dörfern gewesen ist — 82 Prozent der Bevölkerung leben aber in den Dörfern — und die einander nicht trauen. Weiß man doch nicht, wer es ehrlich meint und wer im Dienste der Staatspolizei steht.

Diese Schilderung des sozialistischen Abgeordneten Pistiner zeigt, daß es in Rumänien nur einer einzigen kommunistischen Dummheit bedarf, um die weiße Weste, wie in Bulgarien, zum Rasen zu bringen. Die rumänische Reaktion, wie die aller Länder, ist nicht mit Bomben und Handgranaten zu überwinden, sondern durch intensive Aufklärungsarbeit an den Massen, auf die sie sich stützt. Zwar ein einziger Pistiner schafft es nicht allein, aber Tausende, wenn sie seinem glänzenden Beispiel folgen. Der Postweg aber führt ins Verderben.

Notizen.

Moskauer Prozeß gegen Deutsche. In Moskau beginnt am 24. d. M. die Gerichtsverhandlung gegen die deutschen Studenten Rindermann, Dittmaringen und Wolfsch. Diese Studenten sind schon vor längerer Zeit nach Rußland gegangen. Es ist ihnen von dort Fälschung von Empfehlungsschreiben der kommunistischen Partei nachgejagt worden. Die Anklage lautet, daß die Angeklagten die Mitgliedschaft zu einer Organisation zum Vorwurf, deren Ziel die Zerstörung der Kräfte Sowjetrußlands und seiner Regierung gewesen sei. Im zweiten Punkte werden sie der Vorbereitung von Terrorakten gegen Sowjetführer, insbesondere gegen Stalin und Trozki, und im dritten Punkte des Versuchs beschuldigt, Kenntnisse sowjetrevolutionärer Organisationen zu erlangen. Die Angeklagten behaupten, Kommunisten zu sein. Sie hätten Sowjetrußland studienhalber besucht und hierbei eine Reihe von Sowjetmitarbeitern kennengelernt.

Erleichterte Reise ins Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebiets hat durch eine Verordnung über die Regelung des Verkehrs ins Saargebiet, die bereits in Kraft getreten ist, die Einreise in das Saargebiet erleichtert. In Zukunft bedarf es zur Einreise nicht mehr einer besonderen Genehmigung. Die Reisenden brauchen lediglich einen Paß oder einen von der Heimatbehörde ausgestellten Personalausweis. Sie müssen sich innerhalb drei Tagen nach der Ankunft im Saargebiet bei der zuständigen Polizeibehörde melden. Die Anmeldebefreiung berechtigt zu einem Aufenthalt bis zu zwei Wochen. Wer sich länger aufhalten will, muß eine besondere Aufenthaltserlaubnis unter Vorlage seines Ausweises bei der Regierungskommission (Passabteilung) beantragen. Eine besondere Aufenthaltserlaubnis wird jeweils bis zu 3 Monaten erteilt.

Strafanträge im Mecklenburger Tischlerprozeß. Im Mecklenburger Tischlerprozeß beantragte der Reichsanwalt am Montag folgende Strafanträge: Gegen Zeutschel wegen Mordes die Todesstrafe, gegen den Landtagsabgeordneten Schmitt

Als im Laufe der Sitzungen der Vorkämpfer für die litauische Nationalbewegung, der frühere Ministerpräsident Dr. Grizas ebenfalls ausgeschlossen wurde, kam es zu einer Prügelei zwischen den Abgeordneten. Vieles Gerät wurde zertrümmert, ein Abgeordneter schwer verletzt. Bilkus wurde aus dem Saal geführt, während weitere Polizisten einbrangen und auf die Mitglieder der Oppositionspartei losstürzten. Unter Schreien auf Gries und Abfingen der Nationalhymne verließen die Oppositionsparteien schließlich den Saal. In den Sälen des Parlamentsgebäudes setzten sich die Prügeleien fort.

Vor dem Gebäude hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt. Es herrschte infolge der Vorgänge in Kowno eine außerordentlich erregte Stimmung.

Geheiligte Unruhen in China.

London, 23. Juni. Die Lage in China scheint nach den letzten hier eingelaufenen Meldungen eine recht erhebliche Verschlimmerung erfahren zu haben. Aus der Mandchurie kommen Meldungen, wonach dort sehr ernste Unruhen ausgebrochen sind. Diese Nachrichten überraschen um so mehr, als dieses Gebiet unter der strengen Verwaltung Tchang-folins das ruhigste in China war. Ueber die Ursache dieser neuen sich immer weiter ausbreitenden Unruhen liegen positive Nachrichten noch nicht vor.

Die Streikbewegung in Kanton und Hongkong hat einen neuen Aufschwung erfahren. Besonders in Hongkong ist die Lage außerordentlich bedrohlich. Die Regierung hat erklärt, daß sie entschlossen ist, Leben und Eigentum zu schützen und daß sie der Familie eines jeden erschlagenen Beamten und Arbeitswilligen 2000 Dollar zahlen werde. In Kanton befindet sich das Fremdenviertel in einem regelmäßigen Belagerungszustand. Alle Zugänge zur chinesischen Hauptstadt sind verbarrikadiert. Der englische Premierminister lehnte am Montag im Unterhaus die Anregung ab, zur Prüfung der industriellen Arbeitsbedingungen eine Gewerkschaftsdelegation nach Shanghai zu senden.

Alle Banken geschlossen.

London, 23. Juni. Aus Hongkong wird gemeldet, daß am Montag alle Banken geschlossen wurden, um zu verhindern, daß die Kunden eine Massenfälschung ihrer Einlagen vornahmen. In den Portalen halten Kommandos der Freiwilligen Wache. Die chinesischen Angestellten in den englischen Druckereien sind nunmehr auch in den Streik getreten, so daß die Tageszeitungen nur in sehr stark vermindertem Umfang erscheinen können. Ein verstärkter Polizeidienst wird für die innere Stadt eingerichtet.

wegen Beihilfe zum Hochverrat vier Jahre Zuchthaus, gegen Warnke und gegen Winkel wegen Beihilfe zum Hochverrat je vier Jahre Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe.

Die Handelsvertragschwierigkeiten. Die für Montag nachmittag in Aussicht genommene Plenarsitzung der deutsch-französischen Handelsvertragsdelegationen ist in letzter Stunde wieder abgefragt worden, da die Größe der noch immer bestehenden Differenzen die Aussicht auf eine Einigung sehr gering erscheinen lassen. Es scheint fast unmöglich, vor der Vertagung des französischen Parlaments noch zu einer Verständigung zu gelangen.

Der Parteitag der Faschisten. Die Verhandlungen des am Sonntag begonnenen faschistischen Parteitags wurden am Montag bereits zu Ende geführt. Mussolini bezeichnete in Form eines Zwischenrufs das Programm des Faschismus als „Schutz der Arbeit“. Die Tagung war durch Ovationen für De Bono und scharfe Angriffe gegen Graf Sforza gekennzeichnet. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Depeschen.

Zusammenstoß von Auto und Eisenbahnzug.

Wb. Köln, 23. Juni. Ein schweres Autounglück ereignete sich heute bei Ulsdorf am Südübergang über die Bahnhofsstraße Herzogenrath-Stolbach nahe der Braunkohlengrube Wilhelmsschacht, wo trotz des unübersichtlichen Geländes Bahnschranken fehlten. Das Lieferauto eines Milchhändlers stieß mit einem Zug zusammen und wurde völlig zerstört. Der Wagenführer und der Begleiter erlitten tödliche Verletzungen.

Auto-Unfall.

Wb. Frankfurt a. Main, 23. Juni. Das Auto des Frankfurter Bankiers Kassel geriet auf einer Fahrt nach Kissingen vor Hammelburg ins Schleudern und überschlug sich. Die 14jährige Tochter Kassels wurde getötet, sein Sohn erlitt einen Armbruch, Frau Kassel wurde mit mehreren komplizierten Oberschenkelbrüchen ins Krankenhaus gebracht.

Durch unreifes Obst erkrankt.

Wb. Saalfeld, 23. Juni. Nach dem Genuß unreifer Stachelbeeren erkrankte hier eine sechsköpfige Familie schwer an der Ruhr. Ein jähriges Mädchen ist bereits verstorben.

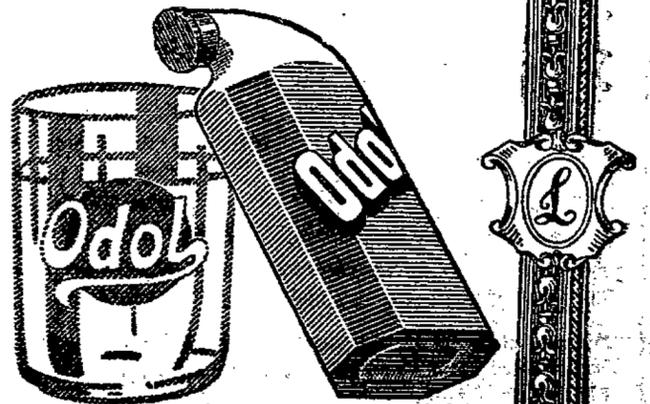
Neues Gold in Afrika entdeckt.

Wb. London, 23. Juni. „Morning Post“ meldet: Dem Blatt „African World“ zufolge sei in Britisch-Zentralafrika ein neues Goldfeld in einer Größe von 8000 Quadratmeilen in Lupatal, zwei Tagesmärsche von Obercorn entfernt, entdeckt worden.

Die Verteidiger lehnen ab.

Wb. Moskau, 22. Juni. Die vom deutschen Botschafter zu Verteidigern im Rindermannprozeß gewählten Anwälte Murawjew und Sommerfeld, die zuerst die Verteidigung übernommen hatten, haben sie jetzt nach Kenntnisnahme der Akten abgelehnt. (Siehe Notiz: Moskauer Prozesse gegen Deutsche.)

Wollen Sie verreisen? Nie ist die regelmäßige Benutzung eines antiseptischen Mundwassers so wichtig wie auf der Reise. Sie sitzen stundenlang in überfüllten Abteilen, Sie kommen überall in Berührung mit fremden Menschen, Sie schlucken Staub und schädliche Mikroben in Menge. Nichts ist besser geeignet diese Gefahren zu bannen, als die regelmäßige Benutzung von Odol, dem anerkannt antiseptischen Mundwasser. Odol ist deshalb auf der Reise so praktisch und so beliebt, weil der geniale, patentierte Verschluss ein Auslaufen der Flasche unmöglich macht, weil die Flasche wenig Raum im Koffer beansprucht und weil Odol das konzentrierteste Mundwasser der Welt ist, sodaß eine einzige Flasche selbst für eine Weltreise vorhält. Vergessen Sie deshalb nicht, sich mit Odol zu versehen, ehe Sie Ihre Reise antreten!



Deutscher Reichstag.

In allen drei Lesungen wurde am Montag zunächst der von dem deutschnationalen Abgeordneten Meyer und Genossen ein-gebrachte Gesetzentwurf zur Veränderung des Weinsteu-er-gesetzes angenommen. Danach soll die Eingahlung der Wein-teuer spätestens am 15. Tage des dritten Monats nach der Fälligkeit (bisher am 15. Tage des folgenden Monats) erfolgen können. Die Geltung des Weinsteuergesetzes soll bis 1. September 1925 verlängert werden.

In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf über Depot-und Depostengeschäfte, der kürzlich an den Ausschuss zurückber-wiesen war, weiter beraten. Der Ausschuss hat zu den Bestim-mungen über die Möglichkeit der Entziehung der Genehmigung zum Depostengeschäft wegen nicht ordnungsmäßiger Geschäfts-führung den Zusatz gemacht, daß die Veranstaltung von Prämien-verlosungen für Anleger und Sparer mit einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung nicht vereinbar sein soll.

Abg. Rauch (München, Bayr. Sp.) beantragt die Streichung dieses Zusatzes. — Nach Ablehnung dieses Antrags wird die Vor-lage in zweiter und sofort auch in dritter Lesung mit der Maß-gabe angenommen, daß es mit dem 31. Dezember 1926 (Regie-rungsvorlage 1927) außer Kraft tritt. — In dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über die Wechsel- und Scheckgesetze ohne Debatte verabschiedet. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzent-wurfs zur Veränderung der Verbrauchsteuer.

Reichsfinanzminister Schlieben führt zur Begründung aus, daß bei verschiedenen Verbrauchssteuern undurchsichtige Bestim-mungen geflärt und der Reichsabgaben-Verordnung besser ange-paßt werden müßten. Solche Veränderungen seien bei der Wein-steuer notwendig, wenn auch der Reichstag soeben vorläufig solche Veränderungen beschlossen hätte. Steuererhöhungen seien bei der Salz- und Zuckersteuer nicht beabsichtigt. Bei der Salzsteuer sei eine Umstellung insofern erforderlich, als das Gewerbesatz von der Steuer befreit, der Umsatzfall aber auf das Speisefalz gelegt werden müßte. Die Industrie habe eine solche Umstellung verlangt. Das Speisefalz müsse deshalb den Satz von 8 Mark für den Doppelzentner tragen. Bei der Zuckersteuer bleibe es bei den geltenden Steuerfäßen, die Steuer solle aber künftig von dem Eigengewicht des Zuckers, nach Abzug aller Um-schließungen erhoben werden. Eine Verminderung der Zucker-steuer sei nicht möglich.

Abg. Wendemuth (Soz.): Der Reichsfinanzminister hat wahrscheinlich geglaubt, die mißliche Lage, in die er durch die Kritik an seinen Steuerplänen geraten ist, durch die Anwendung der alten Fächerparole ver-bessern zu können, daß der Sieb die beste Parole sei. Was der Finanzminister heute zur Begründung des Gesetzentwurfs gesagt hat, genügt uns nicht. Wir müssen zur Klarstellung der Lage einige Fragen stellen. Die Zuckersteuer wurde Ende 1923 auf 85 Prozent bemessen. Als die Zuckerpreise in die Höhe gingen, erhöhte sich dementsprechend auch die Zuckersteuer. Als aber im vorigen Jahre der Zuckerpreis fiel, blieb man bei der erhöhten Steuer stehen; sie macht jetzt 60, zeitweise sogar 60 Prozent aus.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Durch diese ungeheuliche Berechnung betrug der Mehrertrag an Zuckersteuer von Januar 1924 bis April 1924 mindestens 75 bis 80 Millionen, nach Ablauf dieses Rech-nungsjahres wird nicht viel weniger als 100 Millionen mehr an dieser indirekten Steuer eingegangen sein. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es genügt nicht, über diese Tatsache mit ein paar Worten hinwegzugehen. Den Grund für die Erhöhung der Zuckersteuer finden wir in einer Denkschrift der Zucker-industriellen. Es wird dort verlangt, daß bei sinkenden Zucker-preisen die Steuer nicht ermäßigt werde. Das Reichsfinanz-ministerium ist also von Interessenten wieder einmal in seine jetzige Stellung gedrückt worden. Warum nimmt es nicht auch die gleiche Rücksicht auf die Verbraucherfreize? Im Reichs-wirtschaftsrat hat die Regierung gewichtige außenpolitische Mo-mente angeführt. Im Bericht des Reichswirtschaftsrates wird auch gesagt, daß der Reparationsagent Schwierigkeiten machen könnte, wenn die Zuckersteuer herabgesetzt würde. Diese Begrün-dung ist nicht stichhaltig. In dem Dabesgutachten wird ausdrück-lich gesagt, daß Deutschland zwar eine bestimmte Last tragen solle, aber die Mittel und Wege dazu müsse es allein wählen. Die Regierung denkt aber nicht daran, die beißenden Klaffen in stärkerem Maße heranzuziehen. Immer wieder ist es der Verbrauch, der alle Lasten tragen soll. Wenn schon

außenpolitische Momente herangezogen werden, so gibt es andre, viel schwerwiegendere Gründe, die für eine Ermäßigung der Zuckersteuer sprechen. Das Dabesgutachten erhöht die Reparationsabgaben mit dem Steigen des Ertrags der indirekten Steuern, umgekehrt werden die Ab-gaben ermäßigt, wenn weniger aus indirekten Abgaben einkommt. Was aber sehen wir jetzt? Die Zölle bringen nach dem Etat 370 Millionen, die Tabaksteuer 503 Millionen, die Biersteuer 195 Millionen, die Zuckersteuer 210 Millionen, die Branntwein-steuer 190 Millionen, zusammen also 1408 Millionen Mark. Dazu kommen die jetzt vorgeschlagenen wesentlichen Erhöhungen der Biersteuer mit 180 Millionen, der Tabaksteuer mit 210 Millionen Mark. Mit diesen Erhöhungen zusammen sollen also die Zölle und indirekten Abgaben 1748 Millionen Mark erbringen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Daraus folgt die Tatsache, daß wir zu einem

Zuschlag von 250 Millionen Reparationsverpflichtungen an die Entente gezwungen sind. Wir Sozialdemokraten haben uns zwar alle Mühe gegeben, die Rechtsparteien zu außen-politischer Vernunft zu erziehen, jetzt aber treiben sie eine Er-füllungs-politik, die man vorher gar nicht für möglich ge-halten hätte. Sie geht so weit, daß man schon von einer Erfüllungswill bei den Rechtsparteien sprechen kann. Warum will die Regie-rung päpstlicher als der Papst sein? Was sie jetzt tut, ist nichts andres, als eine

Uebertreibung der Erfüllung. Als wir im Sommer vorigen Jahres dem Ratte von London zu-stimmten, taten wir das in der Ueberzeugung, daß wir ihn auch durchführen wollen. Höchstwahrscheinlich aber ist, daß auch die Entente zu der Erkenntnis kommen wird, daß die Lasten trotz unserer Erfüllungswillens nicht tragbar sind. Wenn wir aber der Entente noch mehr geben, als sie selbst festgesetzt hat, so liefern wir ihr das beste Mittel, um uns zu jagen: Ihr könnt die Lasten tragen, es besteht also kein Anlaß, euch davon zu befreien. Wes-halb will also die Regierung mit aller Gewalt die indirekten Ab-gaben erhöhen? Wir müssen schon nach andern Gründen suchen, als sie selbst angibt. Sie braucht die Mehrbeträge, um die Einfuhrzölle zu finanzieren. Das von den Klaffen durch Zölle und indirekte Abgaben herausgeholt wird, das soll den beißenden Klaffen zu-gewendet werden. Darum werden wir uns ganz energig gegen die Vorlage der Regierung, wir verlangen eine

Ermäßigung der Zuckersteuer. Genau so liegen die Verhältnisse bei der Salzsteuer, über die der Minister in ein paar Worten hinweggegangen ist. Das Gewerbesatz soll steuerfrei bleiben, die Entnahme aus der Salzsteuer soll aber von 5 auf 17,5 Millionen, also auf mehr als das Dreifache erhöht werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Also wiederum eine beträchtliche Belastung der Verbraucher. Im Reichswirtschaftsrat ist das Verlangen der Regierung mit Stimmengleichheit abgelehnt worden. Wir wenden uns jetzt mit einem Appell an das soziale Gefühl der Mittelparteien, die leider in der letzten Zeit meistens mit den Rechtsparteien gegangen sind, um uns wenigstens dieses Mal dabei zu helfen, die Klaffen von der neuen Belastung zu befreien. Wir verlangen eine Er-mäßigung der Zuckersteuer und die vollständige Beseitigung der Salzsteuer. Wir sind die härtesten Gegner der indirekten Be-

steuerung, wir wollen versuchen, soweit es möglich ist, sie zu lindern. Nunmehr warten wir ab, wie weit das soziale Empfinden der Regierungsparteien und der bürgerlichen Mittelparteien geht. Im Ausschuss aber werden wir weiter darüber reden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Reichsfinanzminister Schlieben erwähnt, im Frieden sei die Belastung mit der Salzsteuer auf 1 Mark für den Kopf berechnet worden, in Zukunft sollen nur 25 Pfennig pro Kopf bezahlt werden. Andre Länder, namentlich Frankreich, hätten eine höhere Salzsteuer. Deutschland, als das besiegte Land, könne mit der Herabsetzung nicht vorangehen. Ueber die Zuckersteuer werde besser im Ausschuss gesprochen werden können.

Abg. Neubauer (Komm.) wirft der Regierung vor, daß sie nur die Profitinteressen der Besitzenden vertritt, die Hunderte von Millionen geschenkt erhalten, während sie für eine Ermäßigung der Lohnsteuer nicht zu haben sei.

Abg. Brüninghaus (Dt. Sp.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an den Steuerausschuss und die Verstärkung des Aus-schusses von 28 auf 32 Mitglieder. (Mh! links.)

Abg. Dittmann (Soz.): Gegen den Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an den Steuerausschuss habe ich natürlich nichts einzuwenden. Dagegen befreude es mich nicht wenig, daß jetzt der Antrag gestellt wird, den Steuerausschuss von 28 auf 32 Mitglieder zu verstärken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn dieser Antrag angenommen werden sollte, so führt das automatisch dazu, daß auch die andern be-achtenden Ausschüsse auf 32 Mitglieder verstärkt werden müssen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) b. h., daß der ganze Verteilungsschlüssel für unsere Ausschüsse über den Haufen geworfen wird. Wenn Herr Brüninghaus diese Absicht nicht hat, dann muß man der Meinung sein, daß er ausgerechnet hat, wenn der Ausschuss auf 32 Mitglieder erhöht wird, wird diejenige Richtung, die er vertritt, im Ausschuss so weit gestärkt, daß sie automatisch die Ober-hand bekommt, und im Ausschuss Beschlüsse zustande kommen, die ihm genehm sind, während solche Beschlüsse bei der jetzigen Zu-sammensetzung des Ausschusses nicht zu erzielen sind. — Wenn das die Absicht ist — Herr Schulz (Bromberg) nicht, bestätigt das also — dann können sie von uns nicht verlangen, daß wir auf Ihre Absicht eingehen. Wir werden uns jedenfalls energig dagegen

Werbt fortgesetzt für die „Volksstimme“

mit den Beilagen Volk und Zeit — Die Raft — Heim und Welt — Der Vorn — Feld und Garten

mehren, daß der Verteilungsschlüssel für die Ausschüsse geändert wird, nur damit die Herren von rechts — denn die Herren Deutschnationalen scheinen ja mit den Herren der Deutschen Volkspartei im Bunde zu sein — ihre Absichten durchsetzen können. Mögen die Herren den Antrag im Aesteitenausschuss einbringen, der ja meines Wissens morgen zusammentritt. Aber es liegt kein Anlaß vor, auch nur den Anschein zu erwecken, daß man auf diese Wünsche der Herren Deutschnationalen und der Herren von der Volkspartei, die auf Schiebung hinausgehen, eingehen sollte. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Göllein (Komm.) bekämpft gleichfalls diesen überraschen-den Antrag.

Abg. Schulz (Bromberg, dt.-nall.) erwidert, jetzt ständen sich im Ausschuss Mehrheit und Minderheit immer mit gleicher Stim-menanzahl von 14 Mitgliedern gegenüber, dieses Verhältnis ent-spreche nicht dem des Numerus.

Abg. Brüninghaus (Dt. Sp.) beantragt die Frage der Ver-stärkung des Steuerausschusses dem Aesteitenrat zur Entscheidung zu überweisen.

Abg. Müller (Franken, Soz.) bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Die namentliche Abstimmung über den letztgenannten Antrag Brüninghaus ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Antrag wird mit 173 gegen 116 Stimmen angenommen. Die Vor-lage selbst wird an den Steuerausschuss überwiesen.

Darauf geht das Haus die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern in der Ansprache über das Ge-sundheitswesen fort.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Rumm macht Mit-teilungen über die Arbeiten des Amtes zur Erforschung ver-schiedener Krankheiten, namentlich der Berufskrankheiten. Die Ge-sundheitsverhältnisse in den Laboratorien sollten geprüft und eventuell verbessert werden. Die Veröffentlichungen des Reichsgesundheits-amts würden so umgestaltet werden, daß sie weiteren Kreisen zugänglicher gemacht werden könnten. Das Reichstuberkulosegesetz sei fertiggestellt und werde den Reichstag wohl in der nächsten Session beschickigen. Große Verdienste hätten sich die Frauen in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, namentlich im Kriege, erworben. Hoffentlich gelinge es, das Reichsapothekengesetz zu-frande zu bringen und darin auch die Frage der Arzneitaxe zu regeln.

Abg. Behrb (Wirtsch. Vgg.) spricht die Hoffnung aus, daß das Reichsgesundheitsamt mit den etwas erhöhten Summen seine verdienstvollen Arbeiten zur Bekämpfung der Krankheiten mit Erfolg fortsetzen werde.

Abg. Graf Zerkow (Bayr. Sp.) wünscht, daß das wichtige Bevölkerungsproblem nicht nur von der wirtschaftlichen Seite aus betrachtet werden möge. Der Geburtenrückgang sei durch die Kriegsfolgen entschuldbar, aber es müsse auch wieder auf andre An-schauungen im Volke hingestreck werden, denn ein Volk könne sich nur vermehren, wenn jede Ehe mindestens drei Kinder erzeuge. Die Zollvorlage solle die Landbevölkerung erhalten und treibe somit auch vernünftige Bevölkerungspolitik. (Wider-spruch links.)

Abg. Nojes (Soz.) widerspricht der im Laufe der Debatte von dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Gaedenkamp aufgestellten Behauptung, daß die Revolution an der Vermehrung der Geschlechtskrankheiten schuld sei. Der Redner ver-leidet ferner die Organisation der Krankenkassen zum Bezuge der Heilmittel, die im Interesse der Versicherten liege.

Damit schließt die Ansprache. Die Etatspositionen werden bewilligt. Das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechts-krankheiten und die kommunikativen Anträge wegen Bekämpfung der Tuberkulose und einer planmäßigen Geburthilfe werden dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik übergeben.

Die zurückgebliebene Abstimmung über die Etatspositionen der Technischen Nothilfe ergibt die Annahme des Zentrumsantrags, der 687 000 Mark streicht und 3 Millionen Mark bewilligt. Die sozialdemokratischen und kommunikativen Anträge auf völlige Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe wurden abge-lehnt. Damit ist der Etat des Ministeriums des Innern erledigt.

Präsident Rabe schlägt vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Zollvorlage zu setzen. Gegen diesen Vorschlag wird von Sozialdemokraten und Kommunisten widersprochen, da der Gesetzentwurf den meisten Mitgliedern erst heute zugegangen ist. Diesem Widerspruch muß geschäftsordnungsmäßig Folge ge-leistet werden. Ein Antrag der Kommunisten, morgen die außen-politische Lage zu besprechen, wird abgelehnt.

Schluß 7 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 2 1/2 Uhr. (Kleine Vorlagen.)

Das abgepreßte Gutachten.

Die Montagstung des preußischen Hofle-Ausschusses brachte den vöthigen Zusammenbruch der Selbstmordtheorie der Sachverständigen. Dr. Rippner, der das vorläufige Gutachten über die Todesursachen Hofles abgefaßt hat und auch das end-gültige Gutachten mitunterschied, wurde von Geheimrat Lewin von der Universität Berlin sehr scharf ins Verhör genommen. Der Zeuge gab an, daß die Staatsanwaltschaft sehr stark auf die schnelle Erstattung eines Gutachtens drängte. Bei der großen Eile, die dadurch bedingt wurde, ist es, wie die Vernehmung er-gibt, zu

recht unvollständigen Untersuchungen und zu unrichtigen Ergebnissen gekommen. Prof. Lewin erklärt, die ganze Art der Untersuchung sei zu bemängeln. Besonders zu tadeln sei, daß die Prüfung nicht an einzelnen Organen vor-genommen wurde. Die Untersuchung sei nicht mit der erforder-lichen Sorgfalt vorgenommen worden, so daß das Gutachten als nicht völlig gültig anzusehen sei.

Auf die Frage des Prof. Lewin, ob der Zeuge auch heute noch annimmt, daß die Menge Luminal unmittelbar vor dem Tode ge-nommen sein müsse, wie sein Gutachten das annehme, erklärt er, diese Feststellung nicht mehr aufrechterhalten zu können. Er gibt die Möglichkeit zu, daß es sich nicht um einen Selbst-mord Hofles gehandelt habe. Der Zeuge erklärt ferner, daß die Staatsanwaltschaft einen erheblichen Druck auf ihn hinsichtlich der Abfassung des Gutachtens ausgeübt habe. Diese Behauptung des Zeugen scheint zu beweisen, daß

die Staatsanwaltschaft ein schlechtes Gewissen hat. Es ergibt sich die Notwendigkeit, daß der Untersuchungsaus-schuss sich noch einmal ernstlich mit der Haltung der Staatsanwaltschaft beschäftigt und einwandfrei feststellt, ob in der Tat von dieser Seite ganz unerhörter Zwang auf den Gutachter aus-gelübt wurde. Im übrigen aber scheint ein Arzt, der sich von andern als rein medizinischen Gesichtspunkten leiten läßt, sehr wenig geeignet, die wichtige Rolle eines bezichtigten Sachverständigen zu spielen. Auf jeden Fall hat die Vernehmung Dr. Rippners nicht nur die Behauptung von dem angeblichen Selbstmord Hofles glatt widerlegt, sondern die Vermutung bekräftigt, daß die Staats-anwaltschaft ein gerüttelt Maß Schulb an dem tragischen Schicksal dieses Mannes hat, die sie durch ein tendenziöses ärztliches Gutachten aus der Welt zu schaffen versuchte.

Die Krankenhilfe der Bergarbeiter.

Die grauenhaften Gesundheitsverhältnisse in den Berg-arbeiterfamilien haben die Einreichung folgender Inter-pellation Sujemann und Genossen im Reichstag veranlaßt: Mit dem Inkrafttreten des Reichsknappschäftsgesetzes ist die bis dahin bestandene Mehrleistung in der Krankenversicherung der Knappschäftsklassen den Bergarbeitern entzogen worden, weil die Unternehmer durch diese Entziehung einen Druck auf die Bergarbeiter zum Nachgeben in Knappschäftspensionsfragen ausüben wollten.

Vielfache Versuche der Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes und der Versicherervertreter im Knappschäftsvorstand, die Fa-milienhilfe durch die Zahlung wiederzuerlangen, scheiterten, da man sich auch in den Regierungskreisen über den Ernst der Lage anscheinend nicht klar war. Wohl betonten die Auf-sichtsbehörden, daß der Abbau der Familienhilfe aus gesundheit-lichen Rücksichten für das deutsche Volk zu beklagen sei, aber sie hätten keine Handhaben, dem Uebelstand abzuhelfen. Bei dieser Stellungnahme der Aufsichtsbehörden sehen sich die Bergarbeiter gezwungen, durch

Selbsthilfe diese notwendige Familienhilfe zu erreichen. Die Möglichkeit hier-zu ist gegeben durch den § 80 des Reichsknappschäftsgesetzes, mo-nach auf Grund von Zusatzbeiträgen der Versicherten die Ge-währung der Familienhilfe erfolgen kann.

Die Notwendigkeit dieser Selbsthilfe ergibt sich aus dem er-schreckenden Gesundheitszustand in den Bergarbeiterfamilien, wie er durch eine Reihe von ärztlichen Berichten bestätigt wird. Stabs-arzt Dr. Schröder (Oberhausen) sagt in einem Bericht, daß vielfach bei kleinen Kindern bei der Erkrankung an Masern, Keuchhusten, Scharlach und Diphtherie ärztliche Hilfe verspätet oder überhaupt nicht geholt wurde, und führt fort:

Da diese Infektionskrankheiten im Kindesalter als Schritt-macher der Tuberkulose anzusprechen sind, ist die Schädigung der Volksgesundheit größer, als sie in der bloßen Zunahme oder in der Vermehrung der Todesfälle an den genannten In-fektionskrankheiten zum Ausdruck kommen würde.

In dem Bericht von 10 Fürjorgeärzten aus dem Bezirk Glad-bek heißt es:

Selbst in schweren Krankheitsfällen suchten Familien sich selbst zu helfen, teils mit, teils ohne Rat der Nachbarschaft. Die Zahn wurde frei für schnellere und ausgebreitere Verbreitung von ansteckenden Krankheiten, insbesondere von Tuberkulose. Erst im letzten Augenblick wurde der Arzt geholt, der häufig genug, besonders bei Säuglingen und Kleinkindern, bei seinem Erscheinen nur mehr den Totenschein ausstellen konnte.

Nach dem Bericht des Stadtmedizinalrats Dr. Hillmann (Stertrade) macht sich der Ausfall der ärztlichen Hilfe insbesondere

auf dem Gebiet der Tuberkulosefürsorge bemerkbar: Häufiger denn je wurden Tuberkulose-Todesfälle angezeigt, bei denen überhaupt während des Krankheitsverlaufs der letzten Monate, sobald die Ausphtungslosigkeit des Leidens erkannt, ärzt-liche Behandlung nicht geleistet wurde.

Der Stadt- und Amtsarzt Dr. Paulzig (Wattenscheid) sagt in seinem Bericht:

Häufig wird der Arzt nur zur Ausstellung des Toten-scheins oder in ganz schwierigen Fällen geholt, ausgestellte Re-zepte werden trotzdem in der Apotheke meist nicht vorgelegt, weil kein Geld zur Bezahlung vorhanden.

Alle Ärzte stimmen darin überein, daß die schnellste Wiedereinführung der Familienhilfe bringende Notwendigkeit sei. Trotz des ungeheuerlichen Notstandes sind aber die Unternehmer im Knappschäftsvorstand nicht willens, dem berechtigten Verlangen der Versicherervertreter nachzukommen, dessen Durchführung die Unternehmer finanziell gar nicht belastet.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um den begründeten Widerstand der Unternehmervertreter im Knappschäftsvorstand zu brechen, und ist insbesondere die Auf-sichtsbehörde bereit, auf Grund der ihr zustehenden Rechte die Fa-milienhilfe nach den Vorschlägen der Arbeitervertreter schnellst anzuordnen?

Wenn die Unternehmer und das Reichsarbeitsministerium sich den Wünschen der Versicherten gegenüber ablehnend verhalten und auf die Regelung dieser Frage durch die in den nächsten Tagen zur Vorlage kommende Novelle zum Reichsknappschäftsgesetz verzichten, so ist das eine ganz unverantwortliche Haltung. Bei der Lage im Reichstag ist es ganz ausgeschlossen, daß die Knapp-schäftsnovelle vor dem Herbst erledigt wird. So lange kann und darf man aber die katastrophalen Verhältnisse in bezug auf das Fehlen fast jeder ärztlichen Hilfe für die Bergarbeiterfamilien nicht andauern lassen.

Wenn der Reichsarbeitsminister bei seinem bisherigen Stand-punkt bleibt, übernimmt er eine persönliche Verantwort-ung für die Fortdauer eines untragbaren Zustandes.

Nachrichten aus der Provinz.

Der sozialdemokratische Sieg in Thale.

Der schöne Erfolg unserer Partei bei der Stadtverordnetenwahl, über den wir in voriger Nummer berichteten, ist der kommunistischen „Tribüne“ höchst peinlich. Sie mußte deshalb aus dem sozialdemokratischen Sieg eine Niederlage und aus der kommunistischen Niederlage einen Sieg machen. Das Moskauer Blättchen macht das so: „Berücksichtigt man die um 21 Prozent schwächere Wahlbeteiligung, so buchen die Kommunisten noch einen relativen Gewinn. Seit 29. März haben die Kommunisten knapp 20 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt. Die Sozialdemokraten müssen aber einen Verlust von 854 Stimmen oder 26,6 Prozent ihrer bisherigen Stimmenzahl buchen.“

Wie sieht nun das Ergebnis in Wirklichkeit aus? Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmen seit der für ungültig erklärten Gemeindevahl von 1854 auf 2342 erhöht. Die Kommunisten gingen von 1517 auf 485 Stimmen zurück. Das Zentrum erhielt statt 361 Stimmen nur 282. Die Wirtschaftliche Vereinigung erhöhte ihre Stimmen von 1789 auf 1833, während die sogenannte Volksgemeinschaft (die Stahlhelmliste) von 1861 auf 119 Stimmen zurückging. Die Aufwertungspartei vermochte nur 77 Stimmen auf sich zu vereinigen.

Von den 24 Mandaten hat die Sozialdemokratie 10 erobert. Bisher hatten wir 5. Die Kommunisten haben nur 2 Mandate von bisher 6 behalten. Die Wirtschaftliche Vereinigung behält ihre 7 Mandate, während die Volksgemeinschaft von ihren bisherigen 5 eins abgeben muß. Das Zentrum bleibt im Besitz des bisherigen einen Mandats. Die Aufwertungspartei geht leer aus.

Mit solchen „Niederlagen“, bei denen wir unsere Mandate verdoppeln, sind wir ganz zufrieden. —

Ausstellung Heim und Scholle Braunschweig.

In der bis zum 15. Juli dauernden Ausstellung „Heim und Scholle“ in Braunschweig werden jetzt bei Gruppenbesuchen von geschlossenen Vereinen, Organisationen, Fachschulen und dergleichen besondere Führungen durch die fachwissenschaftlichen Mitarbeiter der Ausstellung veranstaltet.

Die geschlossenen Gruppen haben außerdem den Vorteil, daß ihnen eine erhebliche Ermäßigung des Eintrittsgeldes gewährt wird. Die fachwissenschaftlichen Führungen selbst sind kostenfrei und erstrecken sich auf die vollständige Siedlungsanlage, die Nutzergärten, wobei zugleich eine Vorführung der neuesten Interferenzgeräte stattfindet; schließlich auch auf die große Sonderausstellung der landwirtschaftlichen Maschinen, die ebenfalls zum Teil im Betrieb gezeigt werden.

Für Gruppenbesuche sind vorherige rechtzeitige Anmeldungen an die Geschäftsstelle der Ausstellung „Heim und Scholle“, Braunschweig, Kalkstraße 4, fachwissenschaftliche Abteilung, zu richten. —

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau.

Im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug im Mai die Kohlenförderung 1757 383 (Vormonat 1 417 764) Tonnen, die Bräutherstellung 1 776 795 (Vormonat 1 833 515) Tonnen und die Kohlerzeugung 32 416 (Vormonat 31 876) Tonnen. Es ist mithin bei der Kohlenförderung ein Rückgang von 3,5 Prozent, bei der Bräutherstellung von 3,1 Prozent und bei der Kohlerzeugung eine Steigerung von 1,7 Prozent festzustellen. Die arbeitstägliche Produktion betrug im Mai an Kohle 286 285 (Vormonat 309 074) Tonnen, an Bräute 71 072 (Vormonat 76 396) Tonnen, an Steu 1046 (Vormonat 1028) Tonnen; sie erlitt also einen Rückgang von 7,4 Prozent für Kohle, von 7,6 Prozent für Bräute und eine Steigerung von 1,7 Prozent für Steu.

Die für den Abzug von Kohle bestehenden schwierigen Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt haben sich im Mai noch weiterhin verschlechtert. Verursacht war dieser weitere Rückgang durch die immer noch schlechte Beschäftigung der Industrie und das große Angebot von hochwertigeren Brennstoffen. Auch auf dem Bräutemarkt war die Lage wenig befriedigend. Infolge des ungewöhnlichen Abzuges mußten die Werke weitere Mengen auf Lager nehmen. Der Abzug an Kohlensteinen vermochte sich in geringem Maße zu heben. Der Grundstoffschub war normal.

Im Mai wurde mit den Arbeitnehmerverbänden eine Vereinbarung über die Regelung des Sommer- und Frühjahrsurlaubes getroffen. Ferner wurden die Gehaltssätze der den Arbeitern und Qualitätsarbeitern über die Säure der Rohstoffe hinom gegebenfalls zu gewöhnlichen Leistungsprämien erhöht. Zu Arbeitsniederlegungen kam es im Mai nicht. —

Das schöne Mädel.

Roman von Georg Hirschfeld.

(42. Fortsetzung.)

„Kämpfen, kämpfen,“ rief er Branding in seinem schaukelnden Boot. „Das glaubt ihr denn. Das ist kein Ausflug zum Strandsee. Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

„Aber was ist das?“

„Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

„Aber was ist das?“

„Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

„Aber was ist das?“

„Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

„Aber was ist das?“

„Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

„Aber was ist das?“

„Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

„Aber was ist das?“

„Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

„Aber was ist das?“

„Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

„Aber was ist das?“

„Das ist ein Kampf um das Leben. Ein Kampf, der nicht endet, bis wir nicht mehr sind.“

Handwirt und Schwarzrotgold.

Es kommen oft genug Fälle vor, in denen der Hauswirt versucht hat, einem Mieter das Füssen der schwarzrotgoldenen Fahne zu verbieten. Die Farben Schwarz-Rot-Gold sind die Farben der deutschen Republik. In nationalen Fest- und Trauertagen prangen nicht nur die Staatsgebäude im Schmuck dieser Fahnen. Es ist auch Recht und Pflicht des einzelnen Staatsbürgers, durch Füssen der deutschen Reichsfahne seine Anteilnahme an dem Geschehe des Staates darzutun. Alles das ist eigentlich selbstverständlich. Trotzdem haben es Vermieter für richtig gehalten, gegen das Aushängen der schwarzrotgoldenen Fahne durch ihre Mieter Einspruch zu erheben. Wie ist nun die Rechtslage?

Nach § 535 BGB ist der Vermieter verpflichtet, dem Mieter den Gebrauch der gemieteten Sache während der Mietzeit zu gewähren. Er braucht sie nur zu dem vertragsmäßigen Gebrauch zu gewähren, diesen er aber gewähren muß. Was vertragsmäßiger Gebrauch ist, ist nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte zu bestimmen. Dazu gehört bei Wohn- und Geschäftsräumen die Anlegung des Fusses der Reichsfahne in jedem Falle einen vertragsmäßigen Gebrauch der Mietsache dar. Es wäre wirklich schön um Treu und Glauben bestellt, wenn ein Mieter das Verbotnis zum heutigen Staate nicht ablegen dürfte! Niemals darf die Rechtsordnung dazu mißbraucht werden, einen Keil zwischen Staat und Bürger zu treiben, noch dazu, wo die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und jeder Staatsbürger Mitträger dieser Staatsgewalt ist. Kein Mieter lasse sich deshalb von seinem Hauswirt durch irgendwelche Schritte gegen das Füssen der schwarzrotgoldenen Fahne einschüchtern, er nehme vielmehr energisch seine Rechte wahr, die sein Vertrag und das Gesetz ihm gewährt. —

Selbstverständlich stellt auch das Füssen der Reichsfahne in jedem Falle einen vertragsmäßigen Gebrauch der Mietsache dar. Es wäre wirklich schön um Treu und Glauben bestellt, wenn ein Mieter das Verbotnis zum heutigen Staate nicht ablegen dürfte! Niemals darf die Rechtsordnung dazu mißbraucht werden, einen Keil zwischen Staat und Bürger zu treiben, noch dazu, wo die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und jeder Staatsbürger Mitträger dieser Staatsgewalt ist. Kein Mieter lasse sich deshalb von seinem Hauswirt durch irgendwelche Schritte gegen das Füssen der schwarzrotgoldenen Fahne einschüchtern, er nehme vielmehr energisch seine Rechte wahr, die sein Vertrag und das Gesetz ihm gewährt. —

Sozialdemokratischer Verein Schönebeck u. Umg.

Freitag den 26. Juni, abds. 8 Uhr, im „Stadtpart“ (Gartenfaal)

Generalversammlung.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. Der Vorstand

Kreis Wanzleben.

Groß-Dittersleben. In der Parteiverammlung wird ein Vortrag über Volkswirtschaftsfragen gehalten werden. Außerdem muß die Delegiertenwahl zum Bezirkspartitag vorgenommen werden. Die Versammlung findet bei Körtzing um 8 1/2 Uhr statt. Referent Genosse Schumacher. Zahlreicher Besuch ist notwendig. —

Egeln. Einen Lichtbilder Vortrag über Wejen und Wert der Genossenschaft veranstaltet der Konsumverein Wanzleben am Mittwoch den 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Leute (Gesellschaftshaus). Vortragender ist der Sekretär Genosse Schulze. Der Eintritt ist frei. Mitglieder und deren Angehörige sowie Gäste sind freundlichst eingeladen. — Ein Frauenabend der Arbeiterwohlfahrt findet am Freitag abend statt. Bericht über die Tagung der Arbeiterwohlfahrt in Magdeburg. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. —

Kreis Jerichow 1.

Germisch. Die Hundertjahrfeier unseres Ortes am Sonntag ist nicht das geworden, was sich die reaktionären Kreise davon versprochen hatten. Das Fest ist kein Volksfest gewesen. Das haben sich die Bürgerlichen selbst zuschreiben, die mit allen Mitteln die Teilnahme der Arbeiterorganisationen unmöglich machten. Man sah weder im Umzug noch auf dem Festplatz einen organisierten Arbeiter. Einige Unorganisierte hatten natürlich Appetit auf Freibier. Beteiligt waren in Wirklichkeit nur die Schwarzweißroteten. Es wunderte uns nur, daß die schwarzweißroten Fahnen fehlten, die doch dem Ganzen ein „wunderbares“ Gepräge gegeben hätten. Bei dieser Gelegenheit sei hervorgehoben, wie wenig man auf Versprechungen der „Nationalen“ geben kann. Versprochen war in einer Sitzung aller Vereine bei Körtzing, daß der Kriegsbeschädigte Ebrecht die Gedankens für die Gefallenen am Denkmal halten sollte. Wer legte den Kranz nieder und sprach? Der Gemeindevorsteher, der dem Beschluß mit zugestimmt hat, daß Ebrecht reden sollte. Hieraus sieht man, daß Verhandlungen und Vereinbarungen von den „Nationalen“ nicht beachtet werden. Es kann also bei den Arbeitern nie wieder die Rede davon sein, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln. Beteiligt waren nicht am Umzug und Jahreshundertfest der Gemeinde die Sozialdemokratische Partei, der Reichsbanner und der Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Mit außerordentlicher Disziplin hielten sich die Arbeiter von dem Treiben der Bürgerlichen fern. Deshalb konnte auch von einem Volksfest keine Rede sein. In dem Umzug ist zu be-

merken, daß es anscheinend nicht so gegangen ist, wie es der „Dilatator“ des Ausschusses vorgeesehen hatte. Man hätte z. B. eine ganz andere Aufstellung der Wagen vornehmen müssen; so war es ein buntes Durcheinander von dem, was vor 100 Jahren war und was jetzt ist. Die Reiter in ihren Krachten vor 100 Jahren hatten weiße Handschuhe an. So sind doch keine einfachen Bauern 1825 geritten. Weiter fiel jedem Beobachter auf, daß die meisten Stahlhelmlinge in solchen Krachten saßen. Außer den „Nationalen“ war nur der „Arbeiterabfahrerverein Wanzleben“ zu sehen. Seine Vertreter stimmten schon bei den Besprechungen nicht mit den übrigen Arbeitern. War das der Wunsch der Mitglieder? Der Festzug passierte nicht die kleinen Straßen, die tief man links liegen. Die Festchrift muß ebenfalls kritisiert werden. Sie enthält im Programm der Feier z. B. einen Festgottesdienst. Wenn das wirklich nötig war, dann läßt man einen alten Genossenschaftler sprechen, aber nicht ausgerechnet den Pastor Peters. Warum bekümmert man sich um die Siedlung mehr als um die gewöhnliche Einwohner? Auch in der Festchrift. Da fehlen z. B. die jetzigen Gemeindevertreter, während alle Lehrer aufgeführt sind. Man hätte auch nicht gefürchtet, wenn man in dem Aufsatz „Die Siedlung der Reichsbahngesellschaft in Germisch“ den Satz weggelassen hätte „bis zu jenem Novembertage, der das Unglück Deutschlands besiegelte“. Wir stimmen dem Verfasser der Schrift insofern zu, als wir unsre Jugend später einmal dringend notwendig haben, aber nicht zum Soldatenspielen, auch nicht, um sie zu „Verwöhlen“ zu machen, sondern zu kräftiger Arbeit aller Stände. Es wäre noch manches zu kritisieren, aber wir wollen es dabei bewenden lassen. Jedenfalls hat das Fest gezeigt, und vor allem die Vorbereitungen dazu, daß die Arbeiter den Herren von rechts nur so lange gut gut sind, als sie nichts sagen. Um sie das aber, dann werden die Reaktionen ungenügend und sagen. Hier sind wir Herren im Hause. Sie wollen dann sogar alle Wösten niederlegen, was sie doch sonst nicht gern machen. Für die Arbeiter sollte das Fest eine Mahnung und Aufforderung sein, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen, wo sie hingehören. Wer von den Arbeitern nur nörgeln will, der gehe lieber zu den Reaktionen, wo er sich ja auch beim Feste des Freibiers wegen aufgehalten hat. Man sah nachmittags so manchen tapfern Teilnehmer schwer geladen nach Hause wandern. Nun wird der Spiritus bald alle sein bei dem Kampfe gegen ihn. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben. Der Mieterverein hielt eine öffentliche Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Zur Verhandlung stand die Forderung des Hausbesitzerverbandes der Provinz auf Heraufsetzung der Mieten auf 130 Prozent der Friedensmiete und die Gegenforderung der Mieter. Der Vorsitzende des Mietervereins, Genosse Duffein, nahm gegen die Forderungen der Hausbesitzer Stellung, die für die Mieter einfach untragbar sind. Schon jetzt ist ein großer Teil der Mieter gezwungen, die Miete zahlen zu lassen, weil sie den Mietzins bei ihrem geringen Einkommen nicht zahlen können. Aufgabe der Mieterchaft ist es, dahin zu wirken, daß die Forderungen des Hausbesitzerverbandes nicht verwirklicht werden. Weiter fordert die Mieterchaft, daß die gesamte Hauszinssteuer dem Wohnungsneubau zugeführt wird. Die Einführung des „roten Kartensystems“ wurde als ein Uebel bezeichnet, welches nur zur Verteuerung der Wohnung beiträgt. Die Abschaffung dieses Systems kann nicht dringend genug gefordert werden. Nach lebhafter Aussprache wurde in einer Entscheidung einstimmig gefordert, bei der Landesregierung dahin vorzulegen zu werden, daß eine weitere Erhöhung der gesetzlichen Miete weder für gewerbliche Räume noch für Wohnräume angeordnet wird. —

Kreis Salze.

Gier „netter“ Hüter der Ordnung.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Magdeburg hatte sich der Polizeibetriebsassistent Georg Glinka aus Salze, der wegen seiner reaktionären Gesinnung bekannt ist, wegen Verleumdung und Hausfriedensbruchs zu verantworten. Glinka hatte am Abend des 29. Januar mit einem ihm befreundeten Kraftwagenführer herumgefahren, so daß beide — nach Aussage des Freundes — „etwas angeheitert“ waren. Bei der Anwesenheit besann sich Glinka, daß er einmal gehört habe, daß im sogenannten städtischen Armenhaus „etwas los sei“ und „etwas zu machen sei“. Er wollte „das Whitequartier dort einmal ausheben“, wie er sagte. Obwohl er keinen Dienst hatte und in angeheitertem Zustand war, machte sich der Angeklagte mit seinem Freunde, den er angeblich als „Zeugen“ mitnahm, auf den Weg, um „das Nest auszuraubern“. Von seinem Auftreten dort gab er folgende Schilderung: Er will ordnungsgemäß, nach vorherigem Anknöpfen, in die betreffende Wohnung gegangen sein, habe dort drei junge Leute und zwei Frauen vorgefunden, die er gefragt haben will, was sie hier machten. Er hat deren Namen festgestellt und will dann wieder mit einem „freundlichen Gruß“ gegangen sein, weil die „Amisshandlung“ damit zu Ende war.

Das Schöffengericht erster Instanz ist dieser harmlosen Darstellung der Angeklagten gefolgt und hat ihn mangels Beweises freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatte Rechts-

Ich danke Ihnen einwachen. Sie haben den Star der Kontinentalwerke gereitet. Aber lassen Sie sich von den Journalisten nicht austragen. Verstanden. Jeder Bericht soll von mir ausgehen.“

Sie brachten Frau Ledeska auf den Dampfer. Allgemeine feierliche Teilnahme empfing sie. Herr Pulvermacher schüttelte sorgenvoll den Kopf.

„Ja, ja — ich hab's ja gleich gesagt. Sie ist zu zart.“

„Sie wird schon wieder zu uns kommen,“ meinte Ferencz Jacobi. „Santj wäre sie keine Bräuterdonna. Aber die Aufnahmen sind wunderbar.“

Branding nickte verständnisvoll. Er ließ den Dichter stehen und lud den Arzt. Als er ihn aus Frau Ledeskas Kabinette kommen sah, spürte er ohne Worte das Urteil.

„Nunja,“ sagte der Doktor ernst. „Ich habe den Eindruck, daß ein schweres Lungenleiden vorhanden ist. Solchen Experimenten hätte ihre Konstitution nicht ausgeht werden dürfen. Hat denn niemand davon gewußt?“

„Sie hat es verheimlicht,“ rief Branding wild hervor. „Auch ich hätte keine Ahnung. Den Kontrakt hat sie unterschrieben — so raschener kann auch nur ein Frauenzimmer sein.“

Der Arzt schüttelte den Kopf. — „Raffiniert? Sie wußte sich gewiß keinen Rat. Sie hoffte es durchzusetzen. Aber —“

Branding grübelte zusammen. „Muß sie es aufgeben. Kann sie nicht mehr?“

„Ich hoffe, daß sie mit dem Leben davonkommt. Weiter kann ich Ihnen nichts sagen.“

Der Arzt ging weiter. Ferencz Branding stand wie vom Donner getroffen. Dann sagte er sich, und ein bitteres Lächeln bergte sein häßliches Gesicht: „Aber wieder mal nichts. Na, das Leben ist teuer.“

21.

In ein Berliner Krankenhaus mußte Frau übergeführt werden. Ludwolle Boden kamen. Der weiße Raum, in dem sie lag, gab der Leidenden die Illusionen wintertlicher Oede. Frostigkühlte glaubte sie sich zwischen Schnee und Eis. Dann, gegen Abend, wenn gelbliches Licht von der Zimmerdecke auf sie fiel, wurde sie von häßlicher Gier überfallen. Immer wieder begehrte sie nach heranzukommen, war aber Menschen Augen, denn: „Sie haben mich ja doch alle, ich hab ja nichts am Leib.“

Schwester Barbara hörte die Worte. Frau hatte eine Pflegerin ihres Glanzes bekommen. Schwester Barbara wachte wenig von Kindern Wädeln und Berliner Fräuleinern, doch das alles war so halb und jähnelich, sie hätte dieser rasenden Qual so gern geholfen. Am leise Prognose mußte sie sich beschränken. Sie wußte nicht von der Krankheit und Kinder, wo sie konnte. Gines Morgens fürte sie Frau Ledeska.

„Wenn ich kein Kind gehabt hätte — ja — ich weiß schon, die Manusbilder sind alle gleich. Der Paul wollt mich heiraten, aber der Arnulf war besser. Trotzdem. Sag nichts dagegen, Freizenz-Was weißt Du denn davon. Du gehörst auf den Friedhof. Grüß mir die Espingens und den Walsicenus. Gleich an der Hauptallee, beim Kreuzweg. Ach, ich weiß schon — in die Leichenhalle soll ich nicht schauen. Man wird doch älter, Herr Walsicenus. Wenn der Franzl nicht gestorben wäre. Es ist halt ein Zauber — wir haben's im Blut. Das Blut muß heraus. Ja, Schwester, man soll ganz ehrlich sein. Ich bin halt anders als der Rudiner. Aber wenn mich der Arnulf mit dem Wädel traktiert. Nein, nein. Ich weiß, was ich muß. Drum bin ich aufs Schiff gegangen, obwohl der Jacobi ein Viech ist, und ich hatt schon den Tod auf der Brust. Weißt, was ich möcht, Jens. Schwester, hören Sie zu. Ganz ehrlich möcht ich sein. Es ist ja so heiß. Lassen Sie mich doch. Ich bin halt nicht häßlich — das weiß doch ein Wädel. Ich wußt Ihnen Freude, so wie ich bin — ach, Gott. Ein Vogel droben ist auch nicht anders. Ich seh halt die Sünde nicht. Kommt doch, wenn ihr mich haben wollt. Ich hab auch solchen Durst. Trinkt doch. Ach, meine Brust tut so weh. Da sitzt das Benerl und kriegt keine Milch. Aber fürs Kind bin ich nicht da. Na, kommt doch, armer Doktor, kommt doch. Kannst mich ja haben. Hast wohl nie ein Weibsbild angerührt?“

Schwester Barbara sah mit geknicktem Kopf und hörte zu. Immer wieder erhobte sie die ruheloße Hand, die auf das Bett schlug. Zusammenhänge ahnte sie, aber die Verwirrung ihres Geliebtes bewahrte sich. Sie forschte nicht, sie grübelte nicht, sie schob das fremde Schicksal mit schmerzlicher Gelassenheit von sich. Nur ein paar Worte stiegen eines Abends vor ihr auf. Schwester Barbara war eine Dichterin und dichtete zur Ehre ihres Erlösers:

Gier im Gemitter der Vorzeit,
Der du die Sünderin erlanntest
Und ihr vergießt um ihrer Liebe willen —
Gier, du weißt, was dem Weibe gegeben,
Um es von seiner Menschwürde zu trennen:
Schönheit fündigt ohne die Schlange des Willens,
Schönheit kennt den Zauber des Bösen nicht —
Schönheit ist Schicksal.

Frau überstand die Krisis. Endlich konnte Gwald Rastor, der sich fast täglich erkundigt hatte, zu ihr gelassen werden. Sie hatte in ihrer stillen Schwäche etwas namenlos Rührendes. Der Dichter sah schweigend an ihrem Lager und spürte, daß seine Anwesenheit ihr wohlthat. Zuweilen rief sie an den Namen, die er ihr gebracht hatte. — „Welchen Monat haben wir jetzt eigentlich?“

(Fortsetzung folgt.)

anwalt Dr. Hammerlag (Magdeburg) im Auftrage der beklagten Frau Verurteilung eingelegt. In der Verurteilungserklärung ergab sich nun ein ganz anderes Bild von dem unerhörten Auftritte des Angeklagten. Er selbst blieb auch wieder dabei, daß er durchaus berechtigt gehandelt habe. Die beklagte Nebenklägerin stellt aber den Vorgang folgendermaßen dar: Sie schilderte, daß an dem fraglichen Abend in sehr später Abendstunde an ihre Wohnungstür geschlagen und die Tür gleich danach aufgerissen wurde. Der Polizeibeamte Gliska erschien mit einem fremden Manne, warf seine Miße auf den Tisch, hing Bekleidungsstücke an die Wohnungstür, gebärdete sich wie ein Wahnsinniger und fragte dann mit überlauter Stimme, was denn nun eigentlich hier los sei und wo die Tochter wäre.

Die Tochter soll nach den "Informationen" des Angeklagten, die ihm sichtlich auch irgendwo am Dierichs zugetragen worden sind, gewaltsam in Ungewissheit gestürzt worden. Die eingeleiteten Untersuchungen haben aber von dieser niederträchtigen Behauptung, durch die ein anständiges, 19 Jahre altes Mädchen in den Ruf einer Dirne gekommen ist, auch nicht das geringste ergeben. Als die Mutter den Polizeibeamten darauf fragte, was er denn von ihrer Tochter wolle, brüllte der nette Beamte die Frau an, daß ginge sie gar nichts an und gebrauchte dann der Frau gegenüber gemeine Redensarten, die auf bezahlten Geschlechtsverkehr hindeuteten. Als er sein Verlangen gestellt hatte, packte der Beamte plötzlich den Sohn der Nebenklägerin, balgte sich mit ihm herum, bis ein Bekannter der Tochter hinzukam, der den Beamten beruhigte und größeren Unheil verhütete.

Der Freund des Angeklagten hatte auf einem Stuhle Platz genommen, sah den Vorgängen teilnahmslos zu, übergab sich des öftern und beschmugte der Frau die Wohnung. Erst als der Sohn einer andern Mieterin, durch den fürchterlichen Lärm aufmerksam geworden, hinzukam, gelang es, den betrunknen Polizeibeamten zu beruhigen. Auch dieser junge Mann wurde zuerst von dem Angeklagten angebrüllt und auch gerade nicht mit Schmeicheleiwörtern tituliert. Als die Mutter dieses Zeugnis ihren Sohn rief, er solle doch kommen und sich nicht in die Geschichte hineinmischen, fragte Gliska den jungen Mann, wer denn da rufe. Als dieser darauf antwortete, daß das seine Mutter sei, rief der Angeklagte der alten Arbeiterfrau zu: „Komme man rüber. Und wenn Du 80 Jahre alt bist, Dich nehme ich auch noch!“

Während des ganzen skandalösen Vorfalls wurden sämtliche Erwachsenen von dem Angeklagten mit bloß angeordnet. Eine Reihe Zeugen stellen eidl ich den Vorgang in der von der Nebenklägerin geschilderten Weise dar. Der Kraftwagenführer will sich an nichts mehr erinnern können, nur weiß er bestimmt, daß Gliska sowohl als er an dem fraglichen Tag „angeheitert“ waren.

Trotz dieses ungläublichen Vorgangs, bei dem ein Polizeibeamter in kaum wiederzubegebender Weise seine Macht den Verurteilten der Armen gegenüber in einer unerhörten Form ausnützt und ehrbare Arbeiterfrauen auf das erblichste beschimpft, war das Schöffengericht zu einer Freisprechung gekommen. Rechtsanwält Dr. Hammerlag verwies darauf, wozu es führen solle, wenn man jedem Polizeibeamten ohne dienstlichen Auftrag gestatten würde, bei Nachtgeit in fremde Wohnungen einzudringen. Das Verhalten des Angeklagten als Polizeibeamter sei unglücklich, deshalb sei eine exemplarische Strafe am Platze. Der Staatsanwalt schwieg selbstmörderisch und „hatte — nichts zu sagen“!

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einer Verurteilung des Angeklagten, und zwar wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung. Die Strafe wurde nur auf 200 Mark festgesetzt! Das Urteil ist in Anbetracht der Schwere der Beleidigungen, die den guten Ruf eines jungen Mädchens geschädigt haben, als äußerst milde zu bezeichnen. Soffentlich nimmt die Aufsichtsbekörde das bereits eingestellte Disziplinarverfahren gegen diesen „netten“ Hüter der Ordnung wieder auf und entfernt den Beamten schleunigst aus seinem Amte, das er in solcher unerhörten Weise mißbraucht hat.

Men. Auf seltsame Weise getötet. Als ein Landwirtssohn aus Sufigte mit seiner Mutter und einem Manne das über den Heuwagen gespannte Windeisel straffziehen wollte, riß es und alle drei stürzten zu Boden. Der junge Landwirt spürte nach kurzer Zeit Kopfschmerzen, die sich verschlimmerten, als er den Heuwagen zu Hause abgeladen hatte. Er mußte sich zu Bett legen und schon nach 2 Stunden starb der junge Mann. Ein Bluterguß ins Gehirn, verursacht durch den plötzlichen Sturz, war die Todesursache.

Barth. Genossenschaftsfindereffekt. Von der Schulleitung der Stadtschule wird uns geschrieben: Die Konsum- und Spargenossenschaft für Kalbe plant für Montag den 29. Juni ein Genossenschaftsfindereffekt und bittet für die Kinder der Barther Mitglieder um Freistellung vom Schulbesuch, so daß es den Kindern ermöglicht wird, früh genug an dem Feste, das um 1 Uhr beginnt (Versammlung auf dem Schulhof in Kalbe), teilnehmen zu können. Die Schulleitung läßt für alle Kinder, die zur Teilnahme an dieser Veranstaltung schriftlich oder mündlich bei ihr entschuldigt werden, den Unterricht von 9 Uhr an ausfallen.

Ein glücklicher Verlierer. Ein Radfahrer, der ohne Licht fuhr, wurde Sonntag nacht von einem Polizeibeamten angehalten, zu halten. Er sprang ab, ließ das Rad fallen und verschwand in der Dunkelheit. Der Beamte nahm das Rad mit zur Wache. Nach einer Stunde kam ein Gutsbesitzer und meldete den Verlust seines Rades; es sei ihm wahrscheinlich aus dem Hof eines Cafés gestohlen worden. Seine Ueberraschung war groß, als ihm der Polizeibeamte folgende Nachricht gab, dem flüchtigen Dieb abgenommene Rad übergeben konnte.

Förderfeste. Die lange Diebeshand. Auf dem Bahnhof wurde am Sonnabend abend am Schalter ein dreifacher Diebstahl ausgeführt. Als der Fahrkartenausgeber auf einen kurzen Augenblick vom geschlossenen Schalter fortging, hob ein Dieb das Schalterfenster hoch und langte wahrscheinlich mit einem Drahtseil durchs Fenster nach der auf einem Tische stehenden Kasse und angelte sich ein Bündel Geldscheine im Betrage von 180 Mark heraus. Der Diebstahl ist mit solcher Geschicklichkeit ausgeführt worden, daß die Beamten, die in dem Dienstsaal anwesend waren, aber nicht nach dem Schalter gesehen hatten, keinerlei Verdacht bekommen haben.

Staffort. Ein Kinderfest für die Kinder ihrer Mitglieder hat die Ortsgruppe Staffort-Neopoldshall des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten am Sonntag veranstaltet. Am Nachmittag versammelten sich in froher Erwartung die Kinder mit ihren Angehörigen auf dem Königplatz in Staffort und bald setzte sich der Zug in städtischer Länge in Bewegung unter Vorantritt der Musikkapelle des Reichsbanners und seines Spielerkorps und unter Teilnahme einer großen Zahl Reichsbannerkameraden. Sei, wie tapfer marschierten da die Kinder, selbst die Kleinsten im Takte der Musik, wie blühten die Augen, wie glühten die Wangen. Die Mädchen waren geschmückt mit allerlei Grün und trugen Girlanden und Kränze, und toll hielten andre Kinder ihre kleinen schwarzgoldenen Fähnchen in der Hand. Durch Stein-, Fürsten- und Bernburger Straße gelangte man freudestrahlend an das Ziel, den „Volkspark“ in Neopoldshall. Hier hielt der Vorsitzende der Ortsgruppe, Hoff, eine Ansprache, indem er auf die Bedeutung des Tages, als den acht Geburtstag des Reichsbundes, hinwies. Die Ortsgruppe habe viel Gutes bei der Wahrung der Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern erreicht und werde unermüdet auf diesem Wege fortfahren. Die Ortsgruppe ist von ursprünglich acht auf mehr als 800 Mitglieder gewachsen. Er schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik, in das sich der Gejang der Strophen „Einigkeit und Recht und Freiheit“ anschloß. Nach dieser bedeutungsvollen Einleitung und kurzer Rast begannen die Spiele, zum Teil mit Preisverteilung verbunden. War das herrlich, in stürmendem Wettlauf über den vorzüglich dazu geeigneten Platz zu jagen und als erster den Preis einzufahren! So wurden Spiele mancherlei Art von den

Kindern durchgeführt, denen die Eltern wohlgefällig zusahen. Auch für die Allerkleinsten, die kaum erst laufen gelernt hatten, wurden Spiele veranstaltet, Helfer und namentlich Helferinnen fanden sich in reicher Menge. So bergnügte man sich köstlich, und wenn auch abends Regen einsetzte und man den schneidenden Saal aufsuchen mußte, der Heiterkeit und fröhlichen Stimmung tat das kleine Wetter nichts. Der Radmarsch wurde auch nicht vor der festgesetzten Zeit angetreten, sondern erfolgte fröhlich im leichten Regen bei der ansehnlichen und feierlichen Beleuchtung der Lampen, mit denen die Kinder ausgerüstet waren. Das Fest war schön, trotz des ungünstigen Wetters. Mögen der Ortsgruppe des Reichsbundes weitere Erfolge bei ihrer segensreichen Tätigkeit beschieden sein.

Altmark. Salzweibel. Der Streik in der Zuckerrübenfabrik ist noch nicht beendet. Man scheint allerdings auf Arbeitgeberseite bereits das den Arbeitern angebotene Unrecht eingesehen zu haben, denn man beginnt bereits mit Zugeständnissen. Ganze 2 Pfennig Stundenlohn will man nämlich mehr bewilligen. Das ist aber weiter nichts als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Mit solchen Angeboten lassen sich die Streikenden nicht fangen. Sehr schmerzhaft hat sich das hiesige völkische „Wochenblatt“ geäußert. Die Arbeitgeber-Profitinteressen veranlassen es nämlich, in einem Bericht den Streik als unbegründet und müßig zu bezeichnen. Es behauptet, die Schlichtungsinstanzen seien nicht angerufen worden und aus diesem Grunde könne man es der Arbeitgeberseite nicht verdenken, daß sie mit den Streikenden sich nicht in Verhandlungen einlasse. Diese insamen Lügen, denn anders kann man diese Verbummungs- und Entfesselungsversuche des völkischen Heblattes nicht nennen, verdienen festgehalten zu werden, um der Bevölkerung die Augen zu öffnen. Tatsache ist, daß ohne jeden Erfolg die Schlichtungsinstanzen angerufen worden sind und daß aus diesem Grunde der Streik vom Verbandsrat gebilligt worden ist. Ferner ist die Wahrheit, daß von Arbeitgeberseite bereits wiederholt Verhandlungen mit den Streikenden geführt worden sind. Die Sympathie der Bevölkerung ist auf Seiten der Streikenden zum Meißel des reaktionären „Wochenblattes“, das deshalb verurteilt mit Schwindelberichten diese Sympathie zu erschüttern. Das wird dem Heblatt nicht gelingen.

Stendal. Die Parteiverammlung findet nunmehr am Donnerstag den 25. Juni, abends 8 Uhr, bei Peter, Karlstraße, statt. Genosse Müller (Stendal) hält einen Vortrag über „Schutzpolvorlage der Reichsregierung und das verfassungsmäßige Volk“. Unsere Frauen müssen besonders zahlreich an der Versammlung teilnehmen. Sorgt für guten Besuch, damit die Arbeitskollegen Aufklärung bekommen über die jede Familie interessierenden Brotverwertungsbestrebungen der Großagrarien.

Fundjachen. Auf dem Fundbüro wurden in letzter Woche als gefunden abgegeben: Eine Strickjacke, ein kleiner Geldbeutel, ein Glacéhandschuh, eine Feuerzange, ein Handwagen, ein Taschentuch, ein Bund Schlüssel. — Ein Opfer seines Berufs. Bei Ausübung seiner Arbeit, dem Decken eines Daches, stürzte der Dachdeckermeister Wegener aus 8 Meter Höhe vom Bau in der Kriegerriedlung herunter. Bei der Reberführung ins Johanniter-Krankenhaus ist der Verunglückte seinen schweren inneren Verletzungen erlegen.

Langerhütte. Die Fahnenweihe des Reichsbanners nahm einen glänzenden Verlauf. In den von schwarzgoldenen Fahnen, Fähnchen, Lannaengrün und Pfingstmalen wogenden Straßen unterm Industriestree fanden sich über 1000 Kämpfer der Republik ein. Am Sonnabend leitete ein Kommerz das Fest ein. Die Turner machten Vorführungen an Red und Barren und zwei Theaterstücke folgten. Jeder ging befriedigt nach Hause. Von weit und breit kamen dann am Sonntag die Kameraden auf der Bahn, zu Rade oder gar zu Fuß an, alle von dem Gedanken befeuert, in der Altmark den republikanischen Gedanken zu vertiefen. Am Friederichsplatz nahm man Luststellung. Gauleiters Kamerad Wille hielt eine Gedächtnisrede für die Gefallenen und legte einen Kranz nieder mit dem Gelöbniß: „Krieg dem Kriege.“ Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Kameraden, den Witwen und Waisen zu helfen. Wir wollen zusammenstehen und einander helfen. Einigkeit und Recht und Freiheit ist unsre Parole. Bei der Weiherede leitete die Menge den Neueid: „Deutsche Republik, wir alle schwören, letzter Tropfen Blut soll dir gehören!“ Beim Umzug wurden den Reichsbannerkameraden begehrte Subdigungen dargebracht. Auf dem Sportplatz und im Walde verbrachten die Republikaner ein paar vergnügliche Stunden. Dann nahmen die auswärtigen Kameraden Abschied. Noch lange wird ihnen und der Bevölkerung unterm Orte des Reichsbannertag in Erinnerung bleiben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Reichenberg. Die Mitgliederversammlung war gut besucht. Kamerad Dohberkau hielt eine Gedächtnisrede für den ermordeten Reichsaussenminister Rathenau. Dann entwickelte Kamerad Koch den Arbeitsplan für die nächsten Wochen. Das Reichsbannerfest in Schnarsleben muß zahlreich besucht werden. Die Ortsgruppe beschloß, mit Wagen pünktlich 11.30 Uhr vom Vereinslokal nach dort hin abzufahren. Schon in den nächsten Tagen soll eine Fahne beschafft und bei passender Gelegenheit an einem Sonnabend, auf einem republikanischen Abend geweiht werden. Bei der Vorstandsergänzungswahl wurde Kamerad Röber einstimmig zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Neue Mitglieder und neue Abonnenten für die Bundeszeitung sind gewonnen worden.

Salzwedel. Am Sonnabend den 27. Juni, abends 8 Uhr, im „Heller“ Monatsversammlung.

Stendal. Zur Gründungsversammlung einer Ortsgruppe in Borstel bei Stendal versammelten sich alle Kameraden am Dierichs. Umrahmt um 7 1/2 Uhr. Rege Beteiligung wird erwartet. In Borstel selbst soll ein Demonstrationsumzug die Gleichgültigen zur Versammlung veranlassen.

Verbandstag der Eisenbahner.

Am Sonntag sind in Köln die Delegierten des Deutschen Eisenbahnerverbandes zur dritten ordentlichen Verbandsgeneralversammlung zusammengetreten. 2 1/2 Jahre sind seit dem letzten Verbandstag verfloßen. In dieser Zeit haben harte Kämpfe und wichtige Entscheidungen für das Schicksal der Reichsbahn neue große Aufgaben für die Organisation geschaffen. Die Schaffung der kommunistischen Konkurrenzorganisation hat sich als ein Fehlschlag erwiesen. Der Deutsche Eisenbahnerverband ist und bleibt die einzige große und starke Eisenbahnerorganisation. Der Weg des Verbandes führt zu neuem Aufstieg. In emsiger Arbeit ist die Verschmelzung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner mit dem Deutschen Eisenbahnerverband vorbereitet worden. Die Reichsgewerkschaft tagt in dieser Woche ebenfalls in Köln, um dieser Verschmelzung zuzustimmen. So wird diese Einheitsorganisation der deutschen Eisenbahner zu einer Macht werden, die kein Gegner niederdrücken kann.

Die Eröffnungssitzung im festlich geschmückten Saale des Kölner Volkshauses wurde ausgefüllt mit Begrüßungsansprachen. Die Tagung ist besetzt von 166 Delegierten der Organisation. Außerdem sind außerordentlich stark die ausländischen Bruderorganisationen vertreten. Nicht weniger als 12 Länder, darunter Belgien, Dänemark, Holland, Frankreich, England, Oesterreich, Polen, Schweden, Schweiz und die Tschechoslowakei, haben Vertreter entsandt. Außerdem sind die befreundeten deutschen Organisationen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der Hauptbetriebs- und Beamtenrat Berlin und die internationale Transportarbeiterföderation vertreten.

Die Tagung eröffnete der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes Scheffel, der daran erinnert, daß die Tagung aus ganz besonderen Gründen im besetzten Gebiet, in Köln tagt. Köln sei das Zentrum des Kampfes gewesen, der mit so ungleichen Waffen ausgetragen worden sei: des passiven Widerstandes am Rhein und an der Ruhr. Nicht weniger als 26 000 Eisenbahner sind in diesem Kampfe auf dem Felde gestorben.

Die Eisenbahnen sind heute Reparationsobjekt geworden. Der Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen der Eisenbahner sei gleichzeitig ein Kampf gegen die Lasten des Dawesabkommens. Trotzdem sei auch die Eisenbahnerorganisation für das Londoner Abkommen

eingetreten, weil die Ablehnung gleichbedeutend gewesen sei mit neuer Besetzung und neuem Glend im besetzten Gebiet. Was erzieht werden müsse, sei eine gerechte Verteilung der Lasten.

Am zweiten Verhandlungstage werden zunächst die einzelnen Kommissionen gewählt. Dann nahm der Vorsitzende des Verbandes Scheffel das Wort zum Bericht der Hauptverwaltung. Im Verlauf seiner Ausführungen gab Scheffel einen Rückblick

über die Lohnbewegungen der deutschen Arbeiterschaft in den Jahren 1923 und 1924. Die Gehaltspolitik, die die Regierung den Eisenbahnern gegenüber führte, entsprach durchaus nicht den Anforderungen des Wirtschaftslebens an den Arbeiter und Beamten. Scheffel nimmt dann die Gewerkschaften gegen verschiedene Anklagen, als ob sie in der damaligen Zeit ihren Mann nicht gestanden hätten, in Schutz. Zu der Frage der Lohnskala und des Reichsindex bemerkt der Redner, daß die Organisationen alles getan haben, um etwas Ersprießliches für die Kollegen herauszuholen, aber bei dem damaligen Währungssturz wurde ein scheinbarer Erfolg rasch wieder überholt. Die Kollegen im Lande ergriff die Verzweiflung, und mancher habe damals dem Verband in tiefem Groll den Rücken gewandt. 1924 kamen endlich die Goldlöhne. Die allgemeine Erwartung ging auf Friedenslöhne. Diese waren aber nicht zu erreichen, selbst wenn die Gewerkschaften stärker gewesen wären. Für die französischen Eisenbahner überbrachte dann, von lebhaftem Beifall begrüßt, Bidagara die Grüße seiner Organisation.

Dann folgten die Berichte des Hauptassessors Draeger (Berlin), der Bericht der Revisions- und Schlichtungskommission, der von Eber (Kassel) erstattet wurde und der Bericht der Redaktion des Verbandsorgans, den Redakteur Dittmann (Berlin) gab. Am Dienstag früh wird der Verbandstag in die Debatte über die Berichte eintreten.

Verbandstag der Lederarbeiter.

Am Sonntag wurde im großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses die 18. Generalversammlung des Deutschen Lederarbeiterverbandes eröffnet. Am Montag begannen dann die Verhandlungen. Anwesend waren 48 Delegierte, die 41 720 Mitglieder vertreten, 9 stimmberechtigte Gauleiter und die Mitglieder der Verbandsförperschaften vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, vom Gattler- und Schuhmacherverband und von den deutsch-hörschischen und österreicherischen Bruderorganisationen sind Vertreter als Gäste anwesend. Zunächst wurde den im Streik befindlichen Kollegen in Goch, Erlangen, Neumarkt und in Thüringen voller Erfolg gewünscht.

Verbandsvorsitzender Mahler erstattete dann Bericht des Vorstandes über die Jahre 1922 bis 1924. Er schilderte die Schäden der Inflation, welche die Aufhebung nahezu aller Unterfügungen, die Einschränkung des Verbandsorgans, Entlassung aller Hilfskräfte und Unterlassung aller größeren Konferenzen notwendig machten und stellte fest, daß nach der Stabilisierung ganz neu angefangen werden mußte. Die Kassen waren leer. Die Unternehmer suchten die Situation nach Kräften für sich auszunutzen. Die niedrigen Goldmarklöhne mußten durch Lohnbewegungen erhöht werden.

Den Kassenbericht gab Bod (Berlin). Er stellte fest, daß in der Inflationszeit die Erhöhung der Beiträge mit der Gelbentwertung nicht Schritt gehalten habe und so die Finanzen des Verbandes sehr ins Hintertreffen geraten. In Goldmark berechnet betragen die gesamten Jahreseinnahmen 1923 84 000 Mark. Das Vermögen betrug bis Ende 1923 rund 233 000 Mark. Durch Festlegung der Gelder in Sachwerten und in Industriepapieren habe sich der Verband vor allzu großen Verlusten in der schlimmsten Zeit bewahrt. Dank gebühre den ausländischen Bruderorganisationen für ihre finanzielle Hilfe. Im Jahre 1924 betragen die gesamten Einnahmen 813 000 Mark, die Ausgaben 484 000 Mark. Am Jahresabschluss war ein Bestand von 388 000 M. zu verzeichnen.

Nachdem Schinabel den Bericht des Verbandsausschusses, der sich in 55 Sitzungen u. a. mit 21 Beschwerden zu beschaffigen hatte, erstattete, Redakteur Güel von der Lederarbeiter-Zeitung sich gegen vorliegende kommunistische Anträge bezüglich des Verbandsorgans wandte und Richter (Neumünster) kurz über die Stellung der Statutenberatungskommission zu den vorliegenden Anträgen berichtet hatte, begann die Aussprache über den Vorstandsbericht, welcher die ganze Nachmittagsung ausfüllte.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung der Holzarbeiter.

Die Arbeitgeber in der Holzindustrie sind am Ende ihres Rates, nachdem ihr Aussperrungsbegehren nur von einer Minderheit der Mitglieder befolgt worden ist. Um die Niederlage nicht gar zu katastrophal werden zu lassen, haben sie an den Reichsarbeitsminister telegraphisch das dringende Ersuchen gerichtet, unverzüglich Einigungsverhandlungen einzuleiten. Der Reichsarbeitsminister hat diesem Ersuchen stattgegeben und die Parteien für Mittwoch zu einer unverbindlichen Aussprache geladen.

Vor diesem Schritt des Zentralvorstandes der Arbeitgeber haben bereits verschiedene Bezirksorganisationen versucht, Einigungsverhandlungen einzuleiten. In Dresden unternahm es der Schlichter von sich aus, die Parteien einzuladen. Das wurde aber von den Unternehmern mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß sie sich bereits hilfesuchend an den Reichsarbeitsminister gewandt hätten.

In Frankenberg in Sachsen haben die Holzindustriellen die Aussperrung aufgehoben.

Aus den Gerichtssälen.

Unterföhrung.

Der deutschnationale Reichslandbund hatte als Kassierer den 22 Jahre alten Kaufmann Richard Mehnert angestellt. Als dieser nicht einmal 10 Monate im Dienste war, stellten sich in seiner Kasseeinrichtung bereits Unregelmäßigkeiten ein. Der Kassierer, dem das seltsame Gebaren seiner Kollegen auffiel und dessen schlechtes Gewissen sich zu regen begann, meldete sich plötzlich krank. Als man ihm die „Differenzen“ vorhielt, flüchtete er nach Berlin und Hagen und war nicht zu bewegen, die Unregelmäßigkeiten aufzuklären. Die in seiner Abwesenheit vorgenommene Revision ergab eine Kassen Differenz von 3000 Mark. In den Büchern wurden falsche Eintragungen vorgenommen. Wegen der Unterföhrung fand Mehnert vor dem Schöffengericht, das den Angeklagten, da Kollage keineswegs vorlag, auf drei Monate ins Gefängnis schickte. Straflos verließ er die Gefängnismauern, da die Beweise in Fülle gegen ihn waren, tritt und außerdem noch bezugte, die Verfehlungen auf seine früheren Kollegen zu schieben.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. Juni 1925.

Die Magdeburger Einwohnerzahl.

Die städtische Pressestelle teilt mit:

Seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wird bei den Volkszählungen in allen Kulturstaaten nach der ortsanwesenden Bevölkerung an einem bestimmten Stichtag und nicht, wie man vermuten könnte, nach der Wohnbevölkerung gefragt.

Da seit 18 Jahren keine Berufs- und Betriebszählung mehr stattgefunden hat, war die Durchführung in diesem Jahr ein dringendes Bedürfnis, und da auch im Dezember d. J. eine Volkszählung fällig gewesen wäre, hat man aus Ersparnisgründen beide Zählungen zusammengelegt.

Die gleiche Differenz dürfte sich auch in diesem Jahre nur in noch viel höherem Maß infolge des gesteigerten Verkehrs gegenüber der Zeit vor 30 Jahren zeigen.

Lindenblüte.

Im Juni entfaltet die Linde ihre duftenden Blüten. Sie blüht vor allen Bäumen zuletzt und dann um so lieblicher und süßer als alle andern ihrer Schwestern und Brüder.

Der Lindenbaum lebt in zahlreichen alten Volksliedern. Wer kennt und singt nicht „Am Brunnen vor dem Tore“.

Über auch als Nutzbau ist die Linde von Bedeutung. Zur Blütezeit jammern in ihren Zweigen die Vögel in dichten Scharen.

In Rußland fertigt man aus der Linde den Bast, der zu vielem Flechtwerk, hauptsächlich aber zu Schuhen, wie sie der russische Bauer trägt, Verwendung findet.

Entsprechend der weiten Verbreitung und der Rolle, die die Linde im Volksleben spielte, hat sie aber auch im Aberglauben Bedeutung erlangt.

Die schöne Ausländerin.

Wenn du am Nachmittag eines Junitags in den Park gehst, der den verblenden Namen Vogelgefang führt, trittst du dort die schöne Ausländerin, die ich meine.

Die Wiener Philharmoniker in Magdeburg.

Am Mittwoch hält ein Orchester bei uns Einzug, das mit einem ganz besondern Maßstab gemessen sein will. Die Wiener Philharmonie unterscheidet sich dadurch von der Berliner, daß sie nicht allein Konzertorchester ist wie diese, sondern gleichzeitig Opernorchester.

Aber die Hauptbedeutung des Wiener Philharmonischen Orchesters liegt doch wohl in seiner symphonischen Betätigung. Es ist die erste Vereinigung von Fachmusikern gewesen, die sich — es sind achtzig Jahre her — der öffentlichen Pflege der Sinfonie widmete.

Ein solches Eliteorchester ist aber auch nur in einer Stadt möglich, die für Jahrhunderte die Rolle einer Kulturmetropole gespielt hat. So ausgeprägt auch im deutschen Kunstleben die Zentralisation sein mag: Wien ist für die deutsche Musik unbedingt der Mittelpunkt gewesen von Gluck bis Gustav Mahler.

Man braucht sich diese Tatsache nur einmal klarzumachen, und man wird die Kostrennung Oesterreichs von Deutschland doppelt als Irrsinn und Verbrechen empfinden,

unser Vaterlandes heimisch zu werden. Sie muß sich schnell an unser Klima gewöhnt haben. Denn hätte es ihr geschadet, wie wäre es dann denkbar, daß sie schon den Dichter Walter von der Vogelweide zu Lobgesängen berauschte?

Ja, sie ist so schön geblieben, wie sie am ersten Tag ihres Mädchentums gewesen sein mag. Sorgfältiger Pflege seit zweihundert Jahren ist es sogar gelungen, den zauberhaften Reiz, der dich und mich bei ihrem Anblick zu Ausrufen der Bewunderung zwingt, so zu verstärken, daß sich niemand gegen ihn zu wehren vermag.

In den kühlen Tagen der letzten Woche hatte sich die schöne Ausländerin ein wenig erkältet. Eines Tages suchte ich verzweifelnd nach ihr in ihrem Garten. Nun aber hat sie sich wieder erholt und benützt die wenigen warmen Tage, an denen sie sich noch im Freien sehen lassen kann, um in den besten Kleidern zu erscheinen.

Wenn du die schöne Ausländerin in diesem Jahre noch einmal sehen willst und du kannst nicht nach Hildesheim fahren, wo sie sich seit tausend Jahren, an die Mauer des Domes gelehnt, bewundern läßt, dann beeile dich, in den Vogelgesang zu gehen.

Sozialdemokratische Partei

Beziel Reform-Hospengarten. Heute Dienstag abend 8 Uhr Funktionärstag an bekannter Stelle.

Nordpolfalte.

Dieser Sommer ist voll Lüge: Erst verfloß in Schweif man bald — Seit Amundsen kam zurück, Seit es hundertjährlich ist.

Wie der Forscher hat berichtet, Der den Nordpol suchen ging, Hat man nirgends was gefunden Von dem rätselhaften Ding.

Sollt' man danach nicht vermuten, Daß der Pol sich eins gelacht Und Amundsen was zu tuten, Südwärts sich davongemacht?

Ist ein Einbaum hier gestrandet, Wäre es da möglich nicht, Daß der Pol auch hier gelandet, Wo doch alles dafür spricht?

Nimmer wär's so kalt geworden, Gätt' der Pol sich nicht verirrt — Ob Amundsen fliegt nach Norden, Hier das Vieh man finden wird!

Thomas Gemmelbäder

als eine der verderblichsten Früchte der Politik von Blut und Eisen, wie sie Disraeli getrieben hat, um nur ja das preußische Übergewicht zu retten.

Der Empfang in Magdeburg.

Die Ankunft der Wiener Philharmoniker erfolgt am Mittwoch vormittag 10.05 Uhr. Namens der Stadt Magdeburg werden sie am Bahnhofplatz zwischen Bahnsteig 3 und 4 in Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden von Oberbürgermeister Weim begrüßt werden.

Flaggenstaud.

Aus Anlaß des Besuchs der Wiener Philharmoniker werden am Mittwoch die städtischen Gebäude flaggen. Mit besonderer Genehmigung des zuständigen Staatsministeriums werden auch die Staatsgebäude Fahnenstaud anlegen.

Wegen der Begrüßungsfeierlichkeit auf dem Bahnhofsvorplatz in der Köhler Straße sind zur Regelung des Verkehrs besondere Maßnahmen getroffen. In der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags wird der Vorplatz für den allgemeinen Publikumsverkehr gesperrt.

Sonnenwendfeier der Arbeiterjugend.

Das war eine große Verwunderung unter den vielen Menschen, als am Sonnabend abend trotz des Regens so viele jugendliche marschfertig sich am Rathaus versammelten.

Was zog ein statlicher Zug durch die Straßen der Altstadt zur Nordbrücke. Mander blieb stehen, sah diesem Zuge nach, fragte sich verwundert, was die Jugend bei dem Wetter nach draußen treibt.

Mit Gesang ging der Zug über die Nordbrücke auf die große Berliner Straße in Richtung Seyditzberge-Königsborn. Die Sandgruben in der Nähe von Königsborn waren das Ziel.

Zunächst wurde in einer nahen Fabrik Unterkunft gesucht. Einige „Wasserbüchse“ gingen daran den Holzstoß zu errichten. Nach kurzer, zielbewusster Arbeit gelang ihnen das auch.

Dem ersten Teile folgten dann Spiele um das Feuer, die allerdings durch starken Regen oft gestört wurden. Der anbrechende Tag sah aber den Trupp der Jugend immer noch fröhlich: „Regen, Wind, wir lachen drüber, wir sind jung und das ist schön!“

Um diese Jugend braucht den Alten nicht bange zu sein. Wie sie trotz aller Widerstände ihr diezumaliges Ziel, die Sonnenwendfeier, durchgeführt hat, so wird sie dereinst auch für ihr größeres Ziel, den Sozialismus, unermüdblich kämpfen.

Keine Anstellungen bei der Reichspost. Durch Presse-meldungen ist in diesen Tagen der Eindruck erweckt worden, als wenn die Deutsche Reichspost zahlreiche Helfer mit Anwartschaft auf eine spätere Beamtenstellung einzustellen beabsichtigt.

Hannoverscher Fliegerbesuch in Magdeburg. Anlässlich der am Sonntag den 23. Juli stattfindenden feierlichen Ueber-gabe des Flugplatzes der Stadt Magdeburg an die Luft-reederei werden die hier Flugzeuge der Fliegerschule Hannover der Luftreederei Magdeburg und der Stadt einen Besuch abstatten.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Bei Gicht und Rheumatismus trinken Sie zur Ausscheidung der Harnsäure den bewährten Selterser Tee. Kart 1,25 2,00. Hof-Apothek. Breiter Weg 158.

